Nr. 57. Dienstag, den 9. März 1886. III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Mit der „Lösung der sozialen Frage“

beschäftigt sich jetzt alle Welt, weshalb sollte man es dem schleswig-holsteinischen Provinzial-Landtag verdenken, daß auch er sein Scherflein zu dieser Lösung beitragen wollte.

Im Allgemeinen hat dieser „Tag“ seine Arbeiten äußerst rasch erledigt, nur bei der sogenannten Vagabundenfrage machte er Halt und gab den einzelnen Mitgliedern Gelegenheit, ihre Weisheit in ausgiebigster Weise kund zu thun.

Mit der Arbeiterkolonie Rickling will es nicht so recht vorwärts gehen. Dieselbe schwebt immer in Geldkalamitäten, obgleich ihr die Provinz M. 65 000 geliehen hat und die beiden Hauskollekten M. 97 000 eingebracht haben. Aus diesen Kalamitäten geht hervor, daß die Kolonie auf die Dauer nicht aus Privatmitteln erhalten werden kann und daß der Staat oder die Provinz sie übernehmen muß, wenn sie bestehen bleiben soll.

Vor der Hand hat man auf dem Provinzial-Landtage M. 100 000 auf die Dauer von 5 Jahren bewilligt, obgleich der Landesdirektor von Ahlefeldt sich gegen das Anlehen aussprach, „weil provinzielle Beiträge den Anschein erweckten, als übernehme die Provinz die Pflicht, Arbeit zu schaffen, was ein sozialistisches Prinzip sei.“

Der biedere Landesdirektor! Ein sozialistisches Prinzip — die von der Provinz unterstützten Arbeiterkolonien! Dann sind auch die jetzt schon bestehenden Armen- und Arbeitshäuser, die ja nach dem Fürsten Bismarck „das Recht auf Arbeit“ für jeden Preußen garantiren, erst recht ein sozialistisches Prinzip. Für diese Auslegung des Sozialismus bedanken sich aber trotz des Herrn Landesdirektors die Sozialisten am allermeisten.

Ein Antrag, Ermittelungen über die Ursache der in letzter Zeit in Schleswig-Holstein wieder in erhöhter Weise auftretenden „Vagabondage“ anzustellen, wurde abgelehnt.

Diese Ablehnung wurde von dem Bürgermeister von Schleswig, dem früheren Staatsanwalt Herrn Heiberg, begründet.

Arbeitslosigkeit spielt nach den Anschauungen dieses Herrn nur eine geringe Rolle bei der Vagabondage. Der Arbeitslosigkeit aber könne man sehr leicht Abhilfe schaffen durch Neubelebung und Erstarkung des Innungswesens. Hört Ihr es, Arbeiter von Schleswig! Die Arbeitslosigkeit, die so ungemein drückend auf unserm gesammten wirthschaftlichen Leben lastet, die zahlreiche Familien der Arbeiterklasse unglücklich macht, sie könne leicht beseitigt werden. Ein Hosiannah Eurem Bürgermeister und rasch in den deutschen Reichstag mit ihm! Das ist der Mann, den das arbeitende Volk braucht, das ist der Messias des neunzehnten Jahrhunderts, den der Heros desselben füglich beneiden muß.

Einen wesentlichen Theil der Schuld an der Vagabondage trage die Sozialdemokratie. Dieses große Wort sprach der frühere Herr Staatsanwalt gelassen aus, ohne dasselbe näher zu begründen, als durch die Bemerkung, die Sozialdemokratie erzeuge Unzufriedenheit. Andere Leute wollen wissen, die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen erzeuge Sozialdemokraten. Aber ein Staatsanwalt hat ja immer recht — und damit basta!

Die Hauptschuld aber, so erklärte dieser geniale Volkswirth weiter, trage der Reiz, welcher in dem Vagabundenthum liege. — Ein netter „Reiz“ das! Vor uns liegt eine Statistik aus Leipzig, die der dortige Staatsanwalt angefertigt hat, aus der man ersieht, daß in einem Jahre in 68 Fällen Personen verurtheilt worden sind, die ein Verbrechen oder ein Vergehen begangen haben, ausgesprochenermaßen, um von der Landstraße fort ins Gefängniß zu kommen.

Und wie in Leipzig, so geschieht dies in tausenden und abertausenden Fällen im ganzen Deutschen Reich!

O dieser „Reiz“ des Vagabundenlebens, wenn der Magen knurrt, wenn das kalte Schneewasser durch die zerrissenen Stiefeln dringt, wenn der in Lumpen gehüllte Reisende dem schneidenden Ostwinde entgegenkeucht und endlich an einem Strohdiemen niedersinkt, um in Kälte und Elend zu Grunde zu gehen. O dieser „Reiz“ des Vagabundenlebens!

Ja, das ist ein viel größerer Reiz, als wenn ein Herr Bürgermeister behaglich im Lehnstuhl mit der langen Pfeife sitzt und in aller Gemüthsruhe seinen Namen unter die vorgelegten Aktenstücke zeichnet, oder wenn, was wir übrigens jedem Menschen wünschen, ein Herr Bürgermeister im Kreise seiner Familie seine Tasse Mokka schlürft oder im Wirthshause bei einem Glase Rothwein am Stammtisch plaudert und dort die schweren Amtssorgen vergißt. O, das hat gar keinen „Reiz“; wie viel besser hat es doch der Vagabund, wie herrlich ist doch das Vagabundenleben!

Es ist nur unbegreiflich, daß der frühere Herr Staatsanwalt und jetzige wohlbestallte Herr Bürgermeister nicht selbst einmal den „Reiz“ des Vagabundenlebens durchkostet, er begeht ja durch diese Enthaltsamkeit ein Unrecht gegen sich selbst.

Auch hatte Herr Heiberg große Sympathie für die Stockprügel, die jedenfalls den „Reiz“ des Vagabundenlebens noch erhöhen sollen, doch fand er dabei nur geringe Gegenliebe, so daß er sich mit seiner „Anregung“ der Prügel zufrieden gab, die nach seiner Ueberzeugung jedenfalls einigermaßen Wandel schaffen würden, die aber „in Hinblick auf die moderne Anschauung von der sogenannten Würde des Menschen und der Freiheit des Individuums“ nicht mehr in Anwendung kommen könnten. Das hat der prügellustige Herr Bürgermeister doch herausbekommen, daß die „Würde des Menschen“, und sei es auch nur die „sogenannte“, doch schon einiges Recht beansprucht und daß an diesem Rechte mancher Reaktionsstier noch seine Hörner ablaufen wird. —

Aber unser braver Bürgermeister hat auch in der That ein ganz probates, ein radikales Mittel, um die Vagabundenfrage zu lösen, dessen Empfehlung er sich zum Schlusse seiner Rede aufsparte. Dieser Mann hatte den Muth, folgendes zu erklären:

„Wenn die Uebervölkerung erst derartig zugenommen hat, daß die Existenz und das Wohlbefinden des ganzen Volkes bedroht erscheinen, dann wird man diese Anhängsel des Volkes, das arbeitsscheue Gesindel, gewaltsam ausmerzen. Man wird sie exportiren und eine Art afrikanischen Sibiriens installiren müssen.

„Arbeitsscheues Gesindel!“ Vor wenigen Tagen hat der Begründer der ersten Arbeiterkolonie, Herr Pastor von Bodelschwingh aus Bielefeld, in einer Versammlung zu Leipzig erklärt, „daß heutzutage so Mancher, der das redliche Bestreben habe, Arbeit zu erlangen, solche doch nicht erlangen könne“ — dadurch werde dann der von allen Mitteln entblößte Mensch leicht zum „Vagabunden“. — — — „Diesem traurigen Verhängniß gegenüber, das so manchem Braven drohe, dürfe die christliche Nächstenliebe nicht müssig bleiben.“

Herr Bürgermeister! So redet ein hochkonservativer Mann, ein Pastor, mit dessen übrigen Ansichten wir uns allerdings nicht befreunden können. Einem konservativen Staatsanwalt, einem konservativen Bürgermeister aber müßten jene Worte der Milde, der Menschenliebe, des Christenthums doch in das Gewissen reden, wenn dasselbe nicht allzusehr verhärtet ist. —

Arbeitsscheues Gesindel! Fort mit ihm nach Kamerun, damit es gewaltsam ausgemerzt werde — der soziale Doktor Eisenbart sagt:

Ja, schlagt die armen Leute todt,
Dann ist geendet alle Noth! —

und die soziale Frage ist gelöst.

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart
von
Gustav Löffel.

29]

„Er ist mir für immer verloren,“ schloß sie ihren ergreifenden Bericht, „und dennoch gehören meine Liebe und mein Leben ihm, ihm ganz allein. Er achtet Beides nicht, er schreitet darüber hinweg zum Altar mit einer Anderen — — — gleichviel, in meinem Herzen erlischt die Erinnerung nicht; ich war einst vorübergehend glücklich durch ihn, und war es auch nur ein Traum von Glück, so will ich mich doch nie aus seinem Banne begeben — — —“

Ehe Frau Dahlberg noch etwas erwidern konnte, ertönte die Hausglocke.

Erna sprang auf.

„Gontard!“ sagte sie hastig und mit einem leisen Anflug von Angst. „Empfangen Sie ihn statt meiner und sagen Sie ihm Alles. Nur von meiner Liebe zu Bernhard Winter sagen Sie ihm nichts. Er ist ahnungslos davon, und ich will nicht, daß er seinen Haß auf Bernhard wirft. Ich gehe so lange auf mein Zimmer. Wenn er fort ist, lassen Sie es mich durch eine Dienerin wissen.“

Dies war halb geflüstert, und mit dem letzten Wort huschte Erna hinaus.

Zugleich wurde die fernere Thür ungestüm geöffnet und Gontard trat herein. Er kam rasch in banger Erwartung und schon von weitem bemüht, in seiner Verbündeten Zügen zu lesen. Er hatte Frau Dahlberg um diese Unterredung mit Erna gebeten, und der letzteren Abwesenheit, sowie ein unbestimmtes Etwas sagten ihm, daß die Unterredung stattgefunden.

„Nun?“ fragte er so hastig und so wenig respektvoll, daß Erna gleich hinter der nur angelehnten Thür wie gebannt stehen blieb. „Was sagt Ihre Tochter?“

Erna empfand diese Aeußerung nur als bitteren Spott auf die liebende Hingabe ihrer Beschützerin, und das empörte ihr Innerstes. Sie warf durch die Thürritze einen zornsprühenden Blick auf den Sprecher; aber der Ausdruck auf seinem todten, bleichen Antlitz ließ sie erschrocken zurückfahren.

Sie wollte sich fortwenden, als Frau Dahlberg selbst dies vereitelte, indem sie rasch auf die Thür zuschritt, dieselbe noch weiter öffnete und so nach der ferneren Thür spähte, welche geschlossen war.

„Still!“ rannte sie dabei warnend dem Anderen zu.

„Was giebt's?“ fragte Gontard leise.

„Nichts, nichts,“ sagte sie beruhigend. „Sie ist schon hinaus. Aber lassen wir die Thür so offen; die andere ist zu. War Jemand im Vorzimmer?“

„Nein.“

„Dann sind wir geschützt vor Lauschern. Setzen Sie sich.“

Er that es, sehr unzeremoniös, wie es Erna schien, welche ihren Wachtposten nicht mehr verlassen konnte. Die fernere Thür, die einzige, die aus dem zum Glück dunklen Zimmer führte, war eingeklinkt und bis zu ihr heran fiel ein breiter Lichtstreifen. Erna hätte sich also bemerkbar machen müssen, wenn sie fort wollte; und jetzt wäre sie Gontard um keinen Preis entgegengetreten.

„Ihre Umständlichkeit läßt mich nichts Gutes erhoffen,“ nahm er wieder das Wort. „Wird Erna meinen Antrag annehmen? — ja oder nein?“

Es lag eine so rücksichtslose Rohheit in dem Ton dieser Frage, daß Erna das Blut in die Wangen trat und sie zunächst eine heftige Zurechtweisung von Frau Dahlberg zu hören erwartete. Statt dessen bebte ein schüchternes „Nein“ über die Lippen der letzteren, kaum laut genug, um von Erna vernommen zu werden.

„Nein,“ wiederholte Gontard brutal, „ich hatte von Ihnen nichts Anderes zu hören erwartet. Und ich kann mir auch denken, warum dieses „Nein“; Sie liebt einen Anderen —“

Frau Dahlberg schwieg betroffen.

„Liebt ihn noch immer,“ fuhr Gontard fort. „Ihr Schweigen bestätigt es mir.“ Er sprang auf. „Und das nach so langer Trennung!“ sprach er zornig.

„Woher kennen Sie denn die Geschichte?“ fragte Frau Dahlberg erstaunt. „Erna meinte doch — — —“

„Ich kenne sie nicht,“ fiel Gontard lachend ein. „Freilich ließ ich sie in diesem Glauben, um mich nicht interessirt scheinen zu lassen. O, ich kenne sie besser, als sie selbst sie kennt, diese Geschichte, in welcher ich selbst die Rolle der Vorsehung übernommen habe.“

„Sie?“

„Ich, Madame; und um Ihnen das zu erklären, will ich Ihnen mit kurzen Worten berichten, was von meiner Seite Alles geschehen, um meinen Nebenbuhler aus dem Sattel zu heben.“ Er erzählte nun Alles, was wir aus dem früher Berichteten schon wissen, mit seiner ersten schlechten Auskunft an Winter senior beginnend, bis zu der hier gesprochenen Lüge von Bernhards naher Hochzeit.

„Und alles Das“, rief er am Schluß verzweifelt, „um heute diese Antwort von Ihnen zu erhalten! Ich weiß überhaupt nicht, woher Sie angesichts der Ihnen bekannten Thatsachen den Muth zu einer solchen Antwort an mich nehmen. Oder glauben Sie wirklich, daß Sie mich mit einem einfachen: „Nein — sie liebt einen Anderen“ abspeisen können, Frau Kommerzienräthin? Sie vergessen wohl zu Zeiten, daß Sie in meiner Gewalt sind, und daß es mich ein Wort kostet, um Sie in's Zuchthaus zu bringen.“

„In's Zuchthaus — mich?“ fuhr Frau Dahlberg auf. „Eher kommen Sie dorthin, Sie Elender!“

„So?“ sagte er mit kaltem Hohn. „Nun, ich lebe einer besseren Hoffnung. Vielleicht gestatten Sie einstweilen ein paar kleine Erinnerungen . . . . den Mord des armen Barons von Selchow — Sie haben ihn auf dem Gewissen . . . . . das Zugeständniß an Ihren Gatten, daß Sie schuldig — Sie haben es unterschrieben . . . . der Ruin des braven Mannes — er ist Ihr Werk . . . . den Diebstahl der halben Million — Sie haben ihn ausgeführt . . . . . und wer weiß, ob es wirklich nur ein Schlaganfall gewesen, der Ihren Gatten, den armen Kommerzienrath, meinen Chef, todt auf den Teppich niederstreckte! „Sie wird es doch nicht wagen, mir Gift zu geben!“ . . . . . Das waren seine von dem Kammerdiener überhörten Worte am Abend des Tages, an

Politische Uebersicht.

Den Verlauf der Verhandlungen in der Sozialistengesetzkommission kann man jetzt ziemlich genau voraussagen. Die Windthorstischen Abänderungsanträge werden sämmtlich von dem Zentrum, den Deutschfreisinnigen und der Volkspartei und zwar bei voller Besetzung der Kommission mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. Dann wird über das ganze Gesetz abgestimmt und dieses nach den Windthorst'schen Anträgen umgeänderte Gesetz wird gegen die Stimmen des Zentrums überhaupt verworfen werden. Die Linke stimmt dagegen, weil sie überhaupt kein Sozialistengesetz will, die Rechte stimmt dagegen, weil das umgeänderte Gesetz ihr zu wenig scharf ist, oder besser gesagt, weil die Regierung dasselbe nicht akzeptirt. Dann wird die Regierungsvorlage, da das Zentrum dieselben Vorschläge im Plenum wieder machen wird, wie in der Kommission, als Grundlage der zweiten Berathung im Hause dienen. Hier werden wahrscheinlich wiederum die Anträge des Zentrums angenommen werden. Die Regierung erklärt dann das so veränderte Gesetz wiederum für unannehmbar und droht mit Auflösung, wenn die Vorlage der Regierung bei der dritten, entscheidenden Berathung nicht wieder hergestellt werde. Die Konservativen und Nationalliberalen, d. h. die vereinigte Regierungspartei im Reichstage bringt nun zur dritten Berathung Anträge ein auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Auf Kommando erscheinen dann die Mitglieder dieser Partei vollzählig, während von den Mitgliedern der deutschfreisinnigen Partei eine kleinere Anzahl, wahrscheinlich wohlentschuldigt, von dem Zentrum aber eine größere Anzahl, wahrscheinlich kaum entschuldigt, fehlen wird. Außerdem erklärt ein Theil des Zentrums, daß er allerdings gehofft habe, die Regierung werde auf die Windthorst'schen Amendements eingehen, daß es auch eine Sünde von der Regierung sei, dies nicht gethan zu haben aber — da nun einmal die Regierung auf dem vollen Sozialistengesetz beharre, so könne man nicht Nein sagen, wenn auch das Ja mit schwerem Herzen gesprochen werde. Die Todfeinde der Kirche dürfe man nicht ganz ohne Fesseln lassen. Und Dr. Windthorst schiebt seine Brille in die Höhe und blinzelt verständnißvoll mit den Augen. Das Sozialistengesetz aber wird mit Ausnahme der beantragten Verlängerung von 5 Jahren, die auf 2 oder 3 Jahre ermäßigt werden, mit 10 bis 15 Stimmen Majorität verlängert werden.

Signatur der Zeit. Unter diesem Titel brachte der Reichstagsabgeordnete Bamberger, eines der klügsten und auch in gewissem Sinne der ehrlichsten Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei, kürzlich einen Artikel in der „Nation", dem wir folgende Aeußerungen entnehmen: „Nicht die Junker des Nordens, wahrlich ein Geschlecht, vor dem man Achtung haben muß, denn es weiß ganz deutlich, was es will, nämlich die Klinke der Gesetzgebung in die Hand bekommen, um Macht und darum auch ein sehr greifbares Stück der Macht, d. h. Geld, an sich zu bringen — nicht die Junker haben Deutschland betrogen sondern der deutsche Michel betrog sich selbst, und alle, die an ihn glaubten. Waren es denn die preußischen Junker, welche jüngst, sich ihrer Schulzeit erinnernd, von ihren Bänken emporschnellten, als der Reichskanzler im preußischen Landtag erschien, um zu bethätigen, daß in Zukunft das Reich wieder in die Einzelstaaten zurückverlegt werden solle? Wenn Fürst Bismarck morgen den Kasselern ihren guten Kurfürsten wiederschenken wollte und den Nassauern ihren lieben Herzog, weiß Gott, die hessischen Innungen und die nassauischen Hoflieferanten würden dieselben flammensprühenden Dankadressen für diese „nationalen Thaten" entsenden, wie damals für den dritten Direktor im Auswärtigen Amt oder kürzlich — um ein Haar — für die Austreibungen harmloser Kaufmanns- und Handwerkerfamilien aus Posen. Nichts aber so sehr, wie der Wandel des Verhaltens in den kirchlichen Streitigkeiten, giebt einen Maßstab für die Halt- und Widerstandslosigkeit der Gesinnungstüchtigen. Am Ende der sechsziger und im Anfang der siebenziger Jahre schöpfte die Begeisterung derselben Leute in Wahrheit ihre meiste Kraft aus dem Haß gegen das, was man „die katholischen Pfaffen" nannte. So wenigstens war es in vielen Theilen von Deutschland; gewiß in denen, die mir am besten aus eigenen Erlebnissen bekannt sind. Ich rechne ihnen das nicht zum Ruhme an. Im Gegentheil: trotz allem, was man für diesen Kampf sagen kann, lief auch recht viel beschränkte Leidenschaft mit unter. Aber, ob gut, ob schlecht, soviel ist außer Zweifel: die Schlachten für das Reich, für die Einheit, gegen die Demokratie, gegen den Partikularismus wurden hauptsächlich mit der einen stärksten Waffe geschlagen, mit dem Haß gegen die römische Kirche. Wenn etwas ernst gemeint war, so war es das. Hätte man darnach nicht denken müssen, die in Rom paktirende Kanzlerpolitik werde dieser denselben „nationalen" Anhang wieder abspenstig machen, welcher einst ihr unter der Fahne des Kulturkampfes so wuthentbrannt zugeströmt war? Denke man sich, es hätte Jemand in den — auch damals auf Bestellung entfesselten — Petitionssturm gegen die Jesuiten hineingerufen, derselbe Kanzler werde den Papst zum Schiedsrichter in einem Streit mit Spanien erheben, wie wäre ein solcher Lästerprophet gesteinigt worden! Jetzt findet man sich fröhlich damit ab; ebenso fröhlich würde man einem neuen Krieg gegen Rom zustimmen. Das politische Philisterium hat eben gar keinen Inhalt mehr, keinerlei Ideen, keinerlei Ueberzeugung ... Wie in dem Haß gegen den Ultramontanismus, so auch in dem Drang nach Schaffung des Reichs und dessen Erhebung über die Einzelstaaten war seiner Zeit ernste Ueberzeugung. Um dieser Ziele willen jubelte man Bismarck zu als ihrem Vorkämpfer. Heute jedoch ist an die Stelle auch dieses Inhalts lediglich die Person des Kanzlers getreten, und die Begeisterung läßt jeden Inhalt fallen und nimmt jeden Inhalt auf, welchen er ihr zu nehmen oder zu geben beliebt." — Bamberger geht dann des weiteren auf die Erfolge der Ackermann'schen Politik ein und erörtert dabei auch zugleich die Methode dieser Politik. „Es ist schon sichtbar — fährt er fort — daß die Kolonial- wie die Sozialpolitik nicht über die kärglichen Anfänge hinauskommen werden, die zu ihren pausbackigen Ankündigungen in kläglichem Widerspruch stehen. Und für diesen schnellen Mißerfolg spricht auch jene Besonderheit des Bismarck'schen Ingeniums, welche sich darin äußert, daß alles, was nicht sofort sich erfolgreich zeigt, prompt fallen gelassen wird, Menschen wie Pläne. Diese Wandelbarkeit in den Plänen und Werkzeugen, welche die Kennzeichen eines immer hastiger und ungeduldiger werdenden Empirismus und Plausibilismus sind, stehen nicht im Gegensatz zu der Zähigkeit und Ausdauer im Trachten nach gewissen Zielen. Man darf, um hier richtig zu unterscheiden, nur nicht verkennen, was Zweck und was Mittel ist. Je mehr man sich mit der Geschichte der Bismarck'schen Politik beschäftigt, desto mehr wächst der Einblick in die große Anzahl und Verschiedenheit der Mittel und die kleine Zahl und Einfachheit der Zwecke. Beinahe Alles, was eine Zeit lang der Welt als Zweck erschien, entpuppt sich nach und nach immer wieder als Mittel, und das Geheimniß vieler Illusionen — sofern es sich nicht um die rein künstlerische Bewunderung eines in der That über Lebensgröße hinaus angelegten Menschenphänomens handelt — liegt darin, daß die Verehrer da ihre Ziele verfolgt sehen, wo doch nur Mittel verwendet werden. Je weiter vom Schauplatz, desto mehr stehen sie unter dieser Täuschung, und auch daraus zum Theil erklärt sich das Vorwalten der blinden Begeisterung in dem nichtpreußischen Deutschland!" — Was der Abg. Bamberger hier zum Besten giebt, trifft vollständig zu. Die Eingeständnisse über die Servilität des liberalen deutschen Philisterthums, die Herr Bamberger macht, hat derselbe übrigens schon einmal in folgendem Ausrufe viel trefflicher zusammengefaßt: „Hunde sind wir ja doch!"

Bei Ablehnung des Branntweinmonopols wird bekanntlich die Einführung einer in großem Maße erhöhten Lizenzsteuer auf Schankwirthschaften geplant. Daß die servile Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses derselben ohne Bedenken zustimmen wird, ist selbstverständlich. Dabei will man gleichzeitig beantragen, daß dann auch die Steuervergütung für ausgeführten Branntwein erhöht werde, damit doch für die armen adligen Schnapsbrenner wenigstens ein fetter Bissen abfalle. Dieser Gedanke ist ja recht schön, die Herren aber haben nicht bedacht, daß zur Genehmigung solcher Anträge der böse Reichstag erforderlich ist, der es doch wohl in seiner Obstruktionspolitik soweit treiben könnte, diese „billigen und gerechten Wünsche" der preußischen Schnapsbrenner unberücksichtigt zu lassen.

Von seinen Rechten soll der deutsche Reichstag etliche opfern, da er seinen Pflichten, nach Ansicht des offiziösen „Deutschen Tageblatt", nicht genügt. Dem edlen Blatt sei nur gesagt, daß der deutsche Reichstag bei solchem Opfer selbst gefragt werden muß. Bei seiner jetzigen Zusammensetzung aber ist er nicht geneigt, zu dulden, daß ihm das Fell über die Ohren gezogen wird.

Zum Zeugnißzwang. Der Versuch, den Zeugnißzwang, der der Presse so viel zu schaffen macht, auch auf das Parlament und seine Mitglieder auszudehnen, erregt großes und peinliches Aufsehen. Der Thatbestand, der dem Zwischenfall zu Grunde liegt, ist in Kürze folgender: In der Münzdebatte, die am 10. Februar d. J. im Reichstage stattfand, habe der Abg. v. Schalscha behauptet, Berliner Firmen ließen in der Schweiz preußische Silberthaler prägen, die sie nachher bei der Reichsbank gegen Gold umtauschten, um die Werthdifferenz zu gewinnen. Auf Anfrage des Abg. Bamberger konstatirte Herr v. Schalscha in der Sitzung am 3. März, er habe die betr. Firma, der vom Tische des Bundesraths aus an ihn ergangenen Aufforderung entsprechend, namhaft gemacht. Gestern nun theilte Herr v. Schalscha mit, er sei vom Berliner Amtsgericht in der Untersuchungssache gegen „Unbekannt" zum Zeugniß aufgefordert, habe dasselbe aber in seiner Eigenschaft als Abgeordneter verweigert; darauf sei ihm mit den bekannten Maßregeln zur Erzwingung des Zeugnisses gedroht worden. Herr v. Schalscha, von dessen Auftreten in jener Münzdebatte wir hier absehen wollen, hat dem Gericht gegenüber unserer Meinung nach völlig korrekt gehandelt. Nach Artikel 30 der Reichsverfassung darf „kein Mitglied des Reichstags wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden." Mit dieser Bestimmung ist ein Zeugnißzwangsverfahren gegen Abgeordnete als solche, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch dem Sinne nach ausgeschlossen. Um jeden Zweifel auszuschließen, haben die Abgeordneten Windthorst und Genossen sofort eine Erklärung beantragt, nach welcher ein derartiges Zeugnißzwangsverfahren unzulässig ist. Die Erklärung dürfte mit großer Majorität angenommen werden, und wir geben uns, so meint das „Berl. Tageblatt", der Hoffnung hin, daß auch die Regierung einer solchen authentischen Verfassungsinterpretation des Reichstags keinen Widerstand entgegensetzen wird. Oder sollte man wirklich kein Bedenken tragen, die ohnehin schon so große Anzahl der Streitobjekte zwischen Regierung und Reichstag ohne Noth noch um ein sehr ernstes zu vermehren? Sollte man diese Zeugnißzwangsaffaire benutzen wollen, um auf einem Umwege eine Handhabe zur Lahmlegung der parlamentarischen Redefreiheit zu gewinnen? Wir wollen das trotz der trüben Erfahrungen der letzten Jahre bis auf Weiteres nicht annehmen, sind aber jetzt immer auf schlimme Erfahrungen gefaßt. — Wir aber, nämlich die Redaktion des „Berl. Volksblatt", können uns dieser optimistischen Anschauung des „Berl. Tageblatt" nicht anschließen.

Das „Anrempeln" können die deutschfreisinnigen Blätter nun einmal den Sozialdemokraten gegenüber nicht lassen. Schweigt die „Freis. Ztg.", fängt die Breslauer „Morgen-Zeitung" an. Wir würden diese „Anrempelei" an sich ihr nicht übel nehmen, da uns die Vertheidigung manchmal recht viel Vergnügen macht. Aber es muß doch ein Grund zum Anrempeln vorhanden sein! Die Breslauer „Morgen Zeitung" aber denunzirt die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags vor dem Volke, deshalb, weil — kein Redner derselben es der Mühe werth gehalten hat, zu dem Antrage der Regierung, Zwanzigpfennigstücke aus Nickel zu prägen, zu reden, da ein solcher Antrag doch im Interesse der Arbeiter liege. Der Antrag der Regierung erfuhr von keiner Seite Widerspruch, andernfalls hätte sich wohl ein Sozialdemokrat berufen gefühlt, für das Nickelzwanzigpfennigstück einzutreten. Was also solche „Anrempelei", die von echt deutschfreisinniger Kleinigkeitskrämerei zeugt, bedeuten soll, das verstehen wir nicht.

Schweiz.

Auch die Schweiz wird sich demnächst mit der Alkoholfrage zu beschäftigen haben. Von der Bundesregierung sind der Alkoholkommission zwei Entwürfe zugegangen, deren erster eine Besteuerung des im Inlande produzirten, sowie einen Zuschlagszoll für ausländischen Spiritus verlangt, während der zweite auf ein Staatsmonopol zusteuert, bei dem die Brennereien ihren Rohspirius dem Bunde zu einem festzusetzenden Preise zu verkaufen haben und letzterem allein das Recht zusteht, Spiritus aller Grade ꝛc. zu importiren. Soweit sich erkennen läßt, hat keine dieser Vorlagen große Aussicht, zur Durchführung zu gelangen.

Frankreich.

Aus Paris bringt die „Voss. Zeitung" folgenden interessanten Bericht: Die Decazeviller Arbeitseinstellung schließt die Keime sehr großer künftiger Entwickelungen in sich. Das Gesetz von 1810, welches von den Bergbaubewilligungen handelt, stellt als Grundsatz fest, daß alle unter der Erdoberfläche verborgenen Werthe dem Staate gehören: das Muthungsrecht wird Jedem gewährt, der in bestimmten Formen darum nachsucht. Hat Jemand eine Mine gefunden und vom Staate die Erlaubniß ihrer Ausbeutung erhalten, so wird er ihr Nutznießer; doch kann der Staat die Erlaubniß wieder zurückziehen oder für verwirkt erklären, wenn der Ausbeuter durch Entlassung der Arbeiter und Einstellung des Betriebes seine Absicht zu erkennen giebt, von ihr keinen Gebrauch mehr zu machen. Die Decazeviller Bergleute sind nun keineswegs Anarchisten oder Träumer, sondern, wie es scheint, sehr positive, wenn auch leider nicht eben kaltblütige und besonnene Menschen, und sie wissen genau, was sie wollen. Mit dem Lohn, den ihnen die reiche Decazeviller Aktiengesellschaft bezahlt, können sie nicht auskommen; sie fordern also eine Erhöhung desselben. Die Gesellschaft rechnet ihnen vor, daß sie bei den heutigen Kohlen- und Eisenpreisen und bei den hohen Kosten der Eisenbahnfracht nach Bordeaux, dem Einschiffungshafen ihrer Gruben- und Hochofenerzeugnisse, nicht mehr bezahlen könne, ohne Schaden zu erleiden. Freilich verschweigt sie dabei,

---

welchem Sie ihn zuletzt besuchten, am Abend des Tages, an welchem er (uns Allen unbekannt) seine Tochter heimlich aus dem Hause sandte, um Ihnen, ihrer braven Mutter, zu entgehen. In der Hand des Todten fand sich ein geleertes Glas, welches der Kammerdiener schon nach Ihrem heimlichen Besuch bei Ihrem Gatten im Kabinet gesehen haben will, und zwar mit Wasser gefüllt. Aber gleichviel .... ob Sie dieses Wasser hineingeschöpft, ob Sie es vergiftet haben oder nicht; von dem jähen Tod Ihres Gatten können Sie sich doch nicht rein waschen, auch dann nicht, wenn es nur ein Schlaganfall gewesen. Der Diebstahl, nur der Diebstahl hat ihn herbeigeführt. Und nun Ihre Tochter .... was hat die Aermste nicht unschuldig gelitten um Ihretwillen! Selbst die Baronin, der Sie den Gatten gemordet, hat unter dem Verdachte, die verschleierte Dame zu sein, die Sie selbst gewesen, eine schmachvolle Kerkerhaft erdulden müssen, welche ihren letzten Rest von Kraft gebrochen und sie dem Grabe nahe gebracht hat .... Was giebt es überhaupt, das Sie, die Ihr Gatte seinen Todfeind nannte, nicht verschuldet und nicht begangen hätten? Das ganze Elend, welches über die Familien von Selchow und Eschenbach gekommen .... es liegt an Ihrer Thür! Und nun sagen Sie mir noch einmal: „Nein, Sie können Erna's Hand nicht bekommen! Gehe!" Ich werde sie dennoch erringen, und wenn nicht anders, dann mit List und Gewalt! Ich habe mich, weiß Gott, lange genug in Geduld gefaßt und es Ihnen überlassen, mir den Weg zu Erna's Herzen zu ebnen. Jetzt bin ich so thöricht nicht mehr. Binnen acht Tagen werden Sie die Hand Ihrer Tochter als die meiner Verlobten in meine eigene legen, oder ich werde von den in meinen Händen befindlichen Papieren den Gebrauch machen, welchen Pflicht und Gewissen mir gebieten."

„Pflicht und Gewissen in Ihrem Munde!" höhnte die so schwer Bedrohte. „Ich verschmähe es, mich vor Ihnen zu rechtfertigen; und was nützte mir das auch! Sie würden auch meine Rechtfertigung nur als ein neues Zugeständniß gegen mich benutzen. Es scheint, daß mein Verhängniß sich erfüllen soll; aber noch möchte ich es abwenden; — auf eine kurze Zeit. Nennen Sie mir den Preis — die Summe, wofür Sie mir die Papiere unverzüglich übergeben wollen ... fordern Sie mein halbes, mein ganzes Vermögen! Ich gebe es hin. Nur schweigen Sie, nur lassen Sie mir Erna, meine Tochter ...!

„Daß ich ein Narr wäre!" lachte Gontard. „Wenn ich Erna heirathe, komme ich so wie so in den Besitz Ihres ganzen Vermögens, denn Sie haben keine Kinder weiter, und natürlich werden Sie Ihrer Tochter Ihr ganzes Vermögen vermachen. Das ist eine zweite, unweigerliche Bedingung, welche ich stelle. Ein paar hunderttausend Mark werden Sie mir sogleich am Hochzeitstage aushändigen und das von mir aufgesetzte Testament, das Sie unterschreiben werden, gerichtlich deponiren. Wozu dieser nutzlose Widerstand. Sie kennen meinen Entschluß — Sie kennen meine Macht ..... Sie müssen mir gehorchen ....."

„Ich muß es leider — ja," sprach die falsche Dahlberg gebrochen. „Aber was zwingt mich dazu? Ihre Aussagen nicht, denn die könnten ebenso gut erfunden sein ..... die Papiere sind es, die Sie in Händen haben, die schriftlichen Beweise meiner Schuld. Sie sagen, Sie haben sie, aber gezeigt haben Sie sie mir noch niemals ....! Das, Herr Gontard, erweckt mir bei Ihrer allgemeinen Verlogenheit den Verdacht, daß Sie die Papiere überhaupt nicht besitzen."

Gontard lachte.

„Und meine Kenntniß aller dieser Dinge?"

„Kann Ihnen auch anderswie geworden sein; Sie können selbst die Papiere einmal in Händen gehalten haben, denn sie lagen ja in einem Ihnen zugänglichen Schrank ..... aber, ehe Sie mir nicht beweisen, daß Sie wirklicher Besitzer der Papiere sind, daß Sie sie haben, dürfen Sie auf meine Mitwirkung zu Ihren Plänen nicht mehr rechnen; und Sie wissen doch, ohne dieselbe sind Sie ebenfalls machtlos. Erna liebt Sie nicht, sie würde also nur auf meine flehentlichen Bitten hin aus Dankbarkeit sich opfern, und mein Vermögen können Sie niemals erlangen, ohne daß ich es Ihnen übergebe oder vermache. Sie sehen also, Herr Gontard, daß ich mindestens ebensoviel Macht über Sie besitze, wie Sie über mich. Also zeigen Sie mir die Papiere, lassen Sie mich sie sehen, in Händen halten und dann — —"

„Dann?" fragte er gespannt.

„Wie können Sie noch fragen!" entgegnete sie. „Was bleibt mir dann weiter, als Ihrem Willen zu gehorsamen und meine Tochter Ihnen mit meinem Vermögen zu überliefern."

„Bedingungslos?"

„Ich habe keine Bedingung weiter zu stellen. Dies ist die einzige."

„Gut denn," sagte Gontard mit einem diabolischen Lächeln, „Erna und Ihr Vermögen sind mein!" Er griff in die Brusttasche, hatte aber ein größeres Kouvert erst wenig hervorgezogen, als die Thür zu dem Zimmer sich öffnete, in welchem Erna sich befand. Eine Dienerin kam, um Frau Dahlberg zu fragen, ob sie den Thee serviren solle. Sie wurde abschlägig beschieden, Madame würde klingeln und wünschte keine Störung weiter.

Erna, welche so lange wie betäubt gewesen, war durch den Eintritt der Dienerin auch erschreckt und zum Bewußtsein ihrer Lage gebracht worden. Ehe jene sich wieder entfernte, huschte sie durch die offen gebliebene Thür hinaus.

In ihrem Zimmer angekommen, schloß sie hinter sich ab; dann preßte sie das Taschentuch gegen die Lippen, um den Aufschrei ihres Innern zu ersticken. Nur ein dumpfes Aechzen rang sich zwischen ihren geschlossenen Zähnen hervor.

Sie wankte zu einem Sessel, doch ehe sie denselben noch erreichte, sank sie auf die Knie.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Im Ostend-Theater findet Freitag, den 12. cr. eine Volksvorstellung zu halben Kassenpreisen statt, und gelangt auf vielseitigen Wunsch „Maria Stuart" mit nachfolgenden Gästen zur einmaligen Aufführung. Maria Stuart: Frau Julia

daß sie in den Jahren 1872 bis 1881 großartige Dividenden vertheilt, starke Abschreibungen vorgenommen und ansehnliche Reserven zurückgelegt hat, ohne daß ihre Arbeiter während dieser Glanzzeit besser gefahren wären, und es kommt ihr gar nicht in den Sinn, daß es unbillig ist, in den Zeiten des schlechten Geschäftsganges einen Gewinn aus den Lohnen der Arbeiter herauspressen zu wollen, die man doch am guten Geschäftsgange mit keinerlei Vortheil betheiligt hat. Die Rustrede der Gesellschaft veranlaßte trotzdem die Regierung, die Süddahn zu bestimmen, daß sie die Frachtsätze für die Decazeviller Güter sehr bedeutend ermäßigte. Aus diesem Zugeständniß erwuchs der Gesellschaft ein ansehnlicher Geldvortheil und sie konnte ihren Arbeitern ohne eigenen Schaden entgegenkommen, da das erforderliche Opfer nicht aus ihrer Tasche, sondern aus derjenigen der Süddahn, noch richtiger aus der des Staates, der Steuerzahler gebracht wurde. Was that aber die Gesellschaft? Kaum waren ihr die Frachtpreis-Ermäßigungen bewilligt, als sie die Löhne ihrer Arbeiter herunterset zte? Auf diese abscheuliche Maßregel antworteten die Arbeiter mit der Arbeitseinstellung. Die Gesellschaft zeigte sich sehr starr und drohte, lieber den Betrieb ganz einzustellen als nachzugeben. Kaum war das unter der Grubenbevölkerung bekannt, als dieselbe den Beschluß faßte, es darauf ankommen zu lassen. Die Genossen Basly und Camélinat erwecken in den Bergleuten die Hoffnung, der Staat werde, wenn die Gesellschaft den Betrieb einstelle, die Ausbeutungs-Erlaubniß derselben für verfallen erklären und die Mine den verbündeten Arbeitern zum eigenen Betriebe überlassen, unter der bloßen Bedingung, daß sie die Maschinen und Einrichtungen nach billiger Schätzung ablösen, etwa unter Vermittelung des Staates durch eine jährliche Abgabe. Die Gesellschaft scheint zur Anschauung gelangt zu sein, daß sich dieser Plan bei der heutigen politischen Lage thatsächlich verwirklichen könnte, und sie läßt nichts mehr von einer Betriebseinstellung verlauten. Allein die Aussicht, Eigenthümer der Mine zu werden, könnte die Bergleute wohl veranlassen, die Versöhnung mit der Gesellschaft von Bedingungen abhängig zu machen, auf welche diese thatsächlich nicht eingehen könnte. Dann erleben wir vielleicht diesen ersten Versuch, den Arbeitern die Ausbeutung von Naturschätzen zu eigenem gemeinsamem Vortheil zu überlassen, und wenn er gelingt, so ist nicht zu zweifeln, daß auch die Bergleute aller anderen Minen Frankreichs mit allen Mitteln in den Besitz ihrer Minen zu gelangen suchen werden. Die Umgestaltung dieser Arbeiter in freie, verbündete Eigenthümer ist dann nur eine Frage weniger Jahre. Die Bedeutung einer solchen Umwälzung, ihre Wirkung auch auf andere Gebiete des Wirthschaftslebens, brauche ich hier nicht lang und breit darzustellen. Ich wollte nur zeigen, welche Tragweite die Decazeviller Arbeitseinstellung erlangen kann.

Großbritannien.

Aus Irland meldet der Telegraph einen Agrarmord. Patrick Farrell, ein Gerichtsvollzieger in Woodford unweit Galway, wurde erschossen vorgefunden. Verhaftungen im Zusammenhange mit dem Verbrechen sind noch nicht erfolgt. In der Nachbarschaft haben neulich Pachtsaustreibungen stattgefunden, woraus man auf das Motiv der Mordthat schließen kann. Gleichzeitig wird eine neue Art von Gewaltthätigkeit aus dem kleinen Dorfe Tournagulla gemeldet. Dort besuchte nächtlicher Weise eine verkleidete und bewaffnete Bande von „Mondscheinlern" den Pächter Thomas Leahy und befahl demselben bei Todesstrafe, die Verheirathung seiner Tochter mit einem unbeliebten Pächter auf einer benachbarten Besitzung zu verbieten. Leahy versprach dem Anführer der Bande, daß die Verheirathung nicht stattfinden solle, worauf sich die ungebetenen Gäste entfernten.

Afrika.

Der Streit um den Kongo dauert fort. Herr Pechuel-Lösche weist in einer Schrift „Herrn Stanleys Partisane und seine offiziellen Berichte vom Kongolande" aus dem Wortlaut seiner vom Kongo an die Leiter des Kongo-Unternehmens nach Brüssel erstatteten Berichte nach, daß die Zitate im „Mouvem. Geographique", dem Organ des Kongostaates, willkürlich aus dem Zusammenhange gerissen, zum Theil vollkommen entstellt waren und daß diese seine Berichte den sanguinischen Schilderungen Stanleys von den unmittelbar erreichbaren wirthschaftlichen Erfolgen schon damals entgegentraten. Herr Pechuel-Lösche bleibt dabei, daß die Kenntniß des Kongo-Stromes noch gar kein Urtheil über das Kongo-Land ermögliche, daß die Stanley'schen Darstellungen das Höchste an Reklame leisten, und er vergleicht das Unternehmen der Geldbeschaffung für eine Kongo-Eisenbahn mit dem „Südsee-Schwindel" des vorigen Jahrhunderts.

Parlamentarisches.

— Zweite Sitzung der Sozialistengesetz-Kommission. Als Regierungsvertreter sind anwesend v. Puttkamer, Graf Hohenthal (Sachsen), Kastner (Bayern). — Es wird mit der Berathung des § 9, Versammlungen betreffend, begonnen. Abg. Windthorst beantragt, Absatz II zu streichen. Sonach sollen sozialdemokratische Versammlungen von vornherein nicht mehr verboten werden dürfen. Abg. Fritzen (Zentrum) begründet diesen Antrag. Er sagt, jetzt sei den Sozialdemokraten das Versammlungsrecht verkümmert. Es werden Versammlungen allein deshalb verboten, weil ein Sozialdemokrat als Redner auf der Tagesordnung steht. Man müsse den Sozialdemokraten das Versammlungsrecht wieder eröffnen, ihnen Gelegenheit geben, in loyaler und ruhiger Weise öffentlich zu verhandeln. Man könne dann auch besser das geheimnißvolle Dunkel, welches jetzt über den Sozialdemokraten lagere, aufklären. Jetzt wirke das Geheimnißvolle anziehend und verstärke die sozialdemokratische Partei. Durch ein Versammlungsverbot werde aber noch der Uebelstand herbeigeführt, daß man die Sozialdemokraten veranlasse, die Versammlungen anderer Parteien zu besuchen und zu stören. Sogar Wählerversammlungen hätte man verboten und erst der Reichstag habe bei den Wahlprüfungen Abhilfe geschaffen. Minister v. Puttkamer lehnt jede Abschwächung des Gesetzes Namens der verbündeten Regierungen ab, weil alsdann eine wirksame Handhabung desselben nicht möglich ist. Der Herr Minister schildert hierauf die große Verantwortlichkeit, die man bei Ausführung dieses Gesetzes trage, die Distinktionen seien sehr fein und die Handhabe im Einzelnen darum sehr schwer. Im einzelnen Fall sei es nöthig, die Handhabe in die Hände sehr untergeordneter, wenig Bildung und keinen politischen Blick besitzender Beamter zu legen. Es mußten so Verstöße vorkommen, aber die einzelnen Verstöße seien kein Grund, den ganzen Absatz II zu streichen. Man werde bei Abschaffung des Verbots mehr Auflösungen herbeiführen. Das Verbot sei eine drakonische Bestimmung, aber es schneide von vornherein jede Agitation ab. Es sei eine äußerst heilsame Fessel für Umsturzbestrebungen. Das mündliche Wort ist das geeignetste Agitationsmittel, besonders der Sozialdemokraten. Ein einzelnes Wort wirke, die Auflösung komme dann zu spät. Die Regierung könne nur ihre große und moralische Verantwortlichkeit tragen, wenn man sie nicht verhindere die Ziele des Gesetzes zu erreichen. Abg. Baumbach schildert die Ungleichartigkeit in der Behandlung sozialdemokratischer Versammlungen. Nicht nur in verschiedenen Gegenden, nein, am selben Ort werde das Versammlungsrecht ganz verschieden gehandhabt. Die Behörden werden vor Aufgaben gestellt, denen sie nicht gewachsen sind, man muthe ihnen einen Seherblick zu, den sie nicht haben. Man verhindere die Erörterung sozialer Probleme, verbiete auf Namen hier mitunter allein die Versammlungen. So erschüttere man das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung. Abg. v. Köller hält es für gleichgiltig, ob jetzt die Waffe des Gesetzes abgestumpft werde, weil doch das Resultat, wie vor 2 Jahren, herauskommen werde. Die verschiedenartige Handhabung sei nothwendig. Wenn heute ein Agitator komme, könne man ihm eine Versammlung erlauben und morgen aus verschiedenen Umständen verbieten. Man müsse das Feuer nicht erst zünden lassen und dann auslöschen, nur ausnahmsweise verliefen sozialdemokratische Versammlungen ruhig. Seine Freunde werden mit ihm gegen die Abschwächungen stimmen. Abg. Meyer (Halle) meint, es gehörten sehr kräftige Schultern dazu, um die Verantwortlichkeit zu tragen. Die Polizeibeamten machten es sich einfach bequem. Er wisse aus seiner Erfahrung, daß es Polizeibeamten gebe, die schon bei Anwesenheit eines bekannten Sozialdemokraten am Ort Angst bekommen, die Versammlung einfach verbieten, ohne noch Nebenumstände als Begründung anzuführen. Der Herr Minister sei dann gar nicht in der Lage, weil ohne Kenntniß der eigentlichen Ursache, Abhilfe zu schaffen. Die jetzige Bestimmung sei dazu angethan, dem Gedanken Zügel anzulegen. v. Puttkamer: Die angelegte Fessel sei Ursache, daß gemäßigtere und nicht so brandlegende Reden gehalten werden. Alle Bestimmungen ständen im organischen Zusammenhang, nehme man einen Stein heraus, so stürze das Ganze. In Berlin dürften in diesem Jahr höchst bedenkliche Erscheinungen hervortreten, nämlich die Lohnbewegungen. Da sei Vorsicht und alle Kautelen des Sozialistengesetzes nöthig. Das Koalitionsrecht solle zwar unangetastet und die Behörden neutral bleiben, aber auch für diese Seite der Frage sei eine präventive Polizei nöthig. Die Einmischung der Sozialdemokratie gebe der Bewegung einen anderen Charakter. Er verweise auf den letzten Maurerstreik, wo 40000 Personen (!) gefeiert hätten. Das sei eine Gefahr. Wie sich unsere wirthschaftlichen Verhältnisse entwickelten, sei es nöthig, alle Kautelen beizubehalten. Abg. Grohs hebt hervor, daß man in der Pfalz der Volkspartei eine Versammlung verboten habe, weil Sozialdemokraten aus Mannheim zu dieser kommen könnten. Abg. Hänel führt aus, daß das Gesetz nur die Ausbreitungsfähigkeit der Sozialdemokratie erhöhe. Seine Partei werde eventuell für Abschwächungen stimmen. Abg. Windthorst: Die Regierung wolle keine Verständigung, für sie gelte nur die Frage, wo ist die größere Zahl der Stimmen. Den Grundanschauungen der Deutschen widerspricht ein Ausnahmezustand. Man provozire nur die Gewalt, wenn man mit Gewalt vorgehe, der Deutsche erträgt keine Ausnahmegesetze. Was seien das für Thatsachen, auf Grund deren man von vornherein Versammlungen verbiete? Wie wolle man erkennen, was der Redner sagen werde, bevor er noch das Wort ergriffen? Die Konsequenz der Regierung müsse sein: „Jede Versammlung, in der sozialistische Erörterungen stattfinden, sei verboten," das gehe aber bei unserem jetzigen Entwickelungszustand nicht. Abg. Meyer (Halle) geht auf die Aeußerung des Ministers von Puttkamer ein wegen der Lohnbewegung. Lohnbewegung mit Sozialdemokraten zu identifiziren, wäre sehr verhängnißvoll. Wer die bestehende Gesellschaftsordnung lieb habe, müsse in Bezug auf die Lohnbewegungen den Arbeitern freie Hand lassen. Minister v. Puttkamer will ausdrücklich konstatiren, daß er verlange, daß die Behörden das Koalitionsrecht anerkennen, doch müßten die Angriffe auf Arbeitgeber ꝛc. verhindert werden. Abg. Windthorst: Es sehe sehr angenehm aus, wenn man Alles unterdrücken könne, wenn die Willkür herrsche, das allgemeine Rechtsgefühl leide aber dann. Er wolle durch einen Uebergang eine Versöhnung in den Gemüthern herbeiführen, da die Entwickelung eine bedauerliche Schärfe annehme. Abg. Kröder macht darauf aufmerksam, daß da, wo die sozialdemokratische Partei Macht habe und auf die Lohnbewegung einwirke, Krawalle verhütet werden, während in Königshütte, in Zabrze, in den Zuckerindustriegegenden, wo die Sozialdemokratie keinen Einfluß habe, es zu Krawallen bei Lohnstreitigkeiten gekommen sei. Die Sozialdemokratie verhindere derartigen Aufruhr, weil sie bei den Arbeitern die Einsicht verbreite, wie nur die organisch-wirthschaftliche Entwickelung helfe. — Man gelangt hierauf zur Abstimmung. Der Antrag Windthorst wird mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. — Zu § 11, Presse betreffend, liegt ein Antrag des Abg. Windthorst vor, wonach eine periodische Druckschrift erst für die Dauer verboten werden kann, wenn vorher eine einzelne Nummer schon verboten wurde. Abg. Fritzen begründet den Antrag damit, daß es sich um ein Vermögensobjekt handle und da sei es nöthig, daß dem Verbot eine Verwarnung vorangehe. Minister v. Puttkamer: Da die Regierung sich einer Koalition gegenüber befinde, so sei es für sie überflüssig, zu deduziren. Die Redakteure sozialistischer Blätter wußten genau, wie sie sich verhalten mußten, nicht auf den gespannten Ton, sondern auf die ganze Tendenz komme es an. Wenn diese Bestimmung und die der aufschiebenden Wirkung angenommen würde, solle man lieber den ganzen Paragraph streichen. Abg. Windthorst: Des Ministers Standpunkt sei, alles Sozialistische zu verbieten. Dieser Zustand sei schlimmer, wie der unter der Zensur. Es sei zu hart, wenn Jemand einen Fehler mache, ihm gleich das ganze Kapital ruiniren. Minister v. Puttkamer bestreitet, daß keine Distinktionen gemacht werden, in Berlin z. B. erschienen ja unbehindert sozialdemokratische Blätter. Abg. Windthorst: In der jetzigen Bestimmung läge ein ungeheueres Maß von Willkür. Uebrigens werde die Sozialdemokratie durch die Wissenschaft genährt. Der Kathedersozialismus, der Regierungssozialismus seien viel gefährlicher als die Sozialdemokratie. Es erfolgt Abstimmung. Der Antrag Windthorst wird mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen.

In der letzten Sitzung der Arbeiterschutzkommission des Reichstags wurde nach längerer Debatte auf Antrag des Abg. Halden § 136 Abs. 3 der Gewerbeordnung in folgender Fassung angenommen: „An Sonn- und Festtagen sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden. An den Tagen dieses Unterrichts sowie des auf Grund § 120, 2 eingerichteten Fortbildungsschulunterrichts dürfen die Unterrichts- und Arbeitszeit zusammen die Dauer von 11 Stunden nicht überschreiten."

Lokales.

Der Polizei-Präsident Freiherr von Richthofen hat an die Vorstände der Berliner Sanitätswachen ein zweites Schreiben gerichtet, welches folgenden Wortlaut hat: „Im Anschluß an mein Schreiben vom 15. v. Mts. theile ich dem Vorstande unter ergebenstem Dank für das freundliche Entgegenkommen mit, daß ich zur Vermeidung einer Ueberbürdung der Sanitätswachen die Revierbeamten nochmals dahin angewiesen habe, daß nur Schwerbetrunkene oder solche Personen, welche scheinbar betrunken sind, also Zweifel darüber lassen, ob Krankheit oder Trunkenheit vorliegt, den Sanitätswachen zuzuführen sind. Die begleitenden Schutzleute haben auf der Sanitätswache die Entscheidung des dortigen Sachverständigen, der eventuell zu unterstützen ist, über den Zustand des Vorgeführten und dessen weitere Behandlung abzuwarten, um, falls Zurückweisung des letzteren erfolgt, beziehungsweise die Ueberführung in ein Krankenhaus für rathsam erachtet wird, das Weitere sofort zu veranlassen. Uebrigens beabsichtige ich in nächster Zeit eine Besprechung der Angelegenheit zwischen dem diesseitigen Dezernenten Herrn Regierungs- und Medizinalrath Dr. Pistor und den Vorständen sämmtlicher Sanitätswachen

---

Bohre, vom Hoftheater in Kassel, Martimer: Herr Carl Bassen, vom Hof-Burgtheater in Wien, Burleigh: Herr Fritz Kanow, vom Grand-Theater zu Amsterdam, Schrewsbury: Herr Moritz Haak, vom Germania-Theater zu New-York, Paulet: Herr Herzberg vom Residenz-Theater, und Melvil: Herr Oberregisseur Reuter, vom Stadttheater in Breslau, der das Stück in Szene setzen wird.

Alhambra-Theater. So groß auch die Räume des Alhambra-Theaters sind — dasselbe faßt über 1700 Personen — am Sonntag prangte bereits um 7¼ Uhr die von den Direktionen so gern gesehene Tafel „Ausverkauft" am Schalter der Kasse. Die Posse „Moderne Vagabonden" wurde recht beifällig aufgenommen und war die lustige Stimmung, welche während des ganzen Abends herrschte, zum größten Theil das Verdienst der Herren Betz und Seefeld.

Der Seiltänzer Blondin wünscht nach Amerika zurückzukehren und dort eine ganz außergewöhnliche Schaustellung zu bieten, aber sein dortiger Agent erklärte, daß das Gesetz eine Wiederholung der Ueberschreitung des Niagara oder anderer gefährlicher Schaustellungen verbietet. Unter seinem Seile müßte ein Netz ausgespannt werden, und dies würde der Vorstellung den Hauptwerth rauben. Blondin lebt in London, ist 62 Jahre alt, und hat in den letzten Jahren einen großen Theil seines Vermögens durch unglückliche Spekulationen eingebüßt. Seine Idee war, durch eine Tournée in Amerika seine Vermögensverhältnisse wieder aufzubessern, aber jetzt verkündet sein Agent, daß er im Hinblick auf das unvermeidliche Netz nicht kommen wolle.

Eine schöne Bescheerung. Dem Münsterpfarrer von Boebe (in Holland) ist dieser Tage folgendes passirt. Eine Frau kam zu ihm mit einem neugeborenen Kinde, das sie taufen lassen wollte. Der Pfarrer bemerkte ihr, dazu bedürfe es eines Pathen und einer Pathin. Die Frau erklärte, solche sofort herbeischaffen zu wollen, und bat den Pfarrer, einstweilen das Kind bei sich zu behalten, da sie es bei der herrschenden Kälte nicht gut mit sich draußen herumtragen könne. Der Pfarrer willigte ein und die Frau verschwand — auf Nimmerwiedersehen. Es blieb dem Pfarrer nichts übrig als sich des Kindes auch definitiv anzunehmen und zunächst sich um eine Amme umzusehen.

Eine historische Lokomotive. Die Pensylvania-Eisenbahngesellschaft hat dem Nationalmuseum in Washington die alte Lokomotive „John Bull" geschenkt, und dieselbe ist in der Halle des Museums aufgestellt worden. Sie war gebaut von George Stephenson in England und war die erste auf der Camden und Amboy-Bahn, speziell auf der Strecke zwischen Bordentown und Süd-Amboy vor etwa 50 Jahren eingestellte Maschine. Die Bahn war damals nur zwischen diesen Punkten fertig und wurde vorher mit Pferden betrieben. Die „John Bull" blieb im Dienst während einer Reihe von Jahren, und als sie schließlich durch kräftigere Maschinen ersetzt werden mußte, wurde sie in den Camden und Amboy-Werkstätten in Bordentown aufgestellt und sorgfältig verwahrt. Als die New Jersey-Bahnen von der Pensylvania Eisenbahngesellschaft pachtweise übernommen wurden, verblieb sie in den Werkstätten und wurde von letzteren bei der Ausstellung in Philadelphia ausgestellt.

Im Alter von 122 Jahren starb vor Kurzem in Detroit, Vereinigte Staaten, ein Farbiger spanisch-afrikanischer Abkunft. Der Verstorbene war zweimal verheirathet, das letzte Mal vor 45 Jahren. Seine jüngste Tochter ist 60 Jahre alt und stand seinem Hauswesen vor. William Royestown in Chicago, sein jüngster Urenkel, ist 22 Jahre alt. Die Nachkommenschaft des verstorbenen Patriarchen an Kindern, Enkeln und Urenkeln zählt 138 Personen.

Um eines Tanzes willen. In Paris fand, wie man der „W. A. Z." schreibt, vor einigen Tagen ein Kränzchen statt, dem auch Fräulein Marie Bartet, Tochter eines Beamten, beiwohnte. Als der Kotillon herankam, und die Paare Aufstellung nahmen, sah das Fräulein mit Schrecken, daß sie nicht engagirt werde; sämmtliche Herren, bis auf einen jungen Mann, Mr. Dumont, der an einem Thürpfosten lehnte, nahmen an dem Tanze theil. Sie bemerkte noch, wie ein Komiteemitglied auf Mr. Dumont zuschritt und ihm etwas zuflüsterte. Der Mann blickte auf das Mädchen, schüttelte dann kaum merklich den Kopf und verblieb auf seinem Platze. Als Mr. Dumont am nächsten Tage sein Bureau verließ, harrte eine verschleierte Dame seiner, die eine Karaffe voll Vitriol nach seinem Kopfe schleuderte. Mr. Dumont war nur leicht verletzt; in der Thäterin erkannte man Fräulein Bartet, die sich ruhig zur Polizei führen ließ und dort sagte: „Er hat mir gestern vor zweihundert Personen eine tödtliche Insulte zugefügt; wäre ich ein Mann, hätte ich ihn zum Duell gefordert, so muß ich auf andere Weise meine Revanche haben."

Die Hinterlassenschaft einer Königin, Madame Josephine Fischer in Chicago hat einen Advokaten dieser Stadt beauftragt, in ihrem Namen auf die Hinterlassenschaft der im April v. Js. ohne Nachkommen verstorbenen Königin Emma der Sandwichs-Inseln Anspruch zu erheben. Es scheint, daß diese Dame, sowie ihre Schwester, eine Frau Smith, ebenfalls aus Chicago, in der That die nächsten Verwandten der verstorbenen Königin und somit auch deren Erben sind. Mit der Verwandtschaft verhält es sich folgendermaßen. Im Jahre 1789 wurde ein Matrose der amerikanischen Goelette „Eleanor", Namens John Young, von den Eingebornen der Sandwichs-Inseln gefangen und sollte zu Ehren der Sandwichs-Götter geschlachtet und verzehrt werden. Aber die Tochter des Sandwich-Königs, die junge und hübsche Kanoahea sah den Fremdling, verliebte sich in ihn, erhielt seine Begnadigung und heirathete ihn später. So wurde John Young Schwiegersohn eines Königs und ein angesehener Mann. Er starb 1835 und hinterließ seiner Tochter ein ungeheueres Vermögen in Gütern und Vieh jeder Art. Die Königin Emma, die ohne Nachkommen starb, war seine Enkelin. Die Schwestern Fischer und Smith sind ihrerseits die einzigen Nachkommen gerader Linie von der Schwester John Young's, die in den Vereinigten Staaten geblieben war. Auf Grund dieser Verwandtschaft verlangen die beiden Damen nun zwar nicht die Krone der Sandwichs-Inseln, wohl aber alle andern sehr beträchtlichen Reichthümer, welche die Königin Emma hinterlassen hat.

Bauern-Unruhen in Pretrizsje. Wir lesen in der „Agr. Ztg.": Die Pretrizsjer Pfarrlinge versammelten sich am 21. Februar vor der Kirche und erwarteten den Pfarrer, um der Andacht beizuwohnen, nachdem die Glocken das Zeichen dazu bereits gegeben hatten. Da kam der Pfarrer in Begleitung zweier Gendarmen angerückt, trat vor und erklärte dem Volke, daß heute keine Andacht abgehalten wird. Andro Vlasics frug ihn, weshalb nicht, da sagte der Pfarrer: „Weil ihr hetzt!" und indem er auf Vlasics zeigte: „Das ist der Hetzer!" Es ist erklärlich, daß das Volk zu murren anfing, worauf der Pfarrer mit den Gendarmen sich zurückzog, auf den Gang des Pfarrhofes trat und die Gendarmen ihre Gewehre laden ließ. Der Pfarrer trat hinter die Gendarmen und drohte dem Volke mit der Faust; einige wollen auch einen Revolver in seiner Hand gesehen haben. Franz Povrzsenics sagte den Gendarmen, sie sollen ihnen den schriftlichen Auftrag zeigen, auf wessen Ordre sie erschienen sind, und nachdem die Gendarmen nichts erwidern konnten, meinte man, daß das des Pfarrers Werk sei, mit welchem die Pfarrlinge wegen zahlreicher Unzukömmlichkeiten sehr unzufrieden sind, so daß in der Folge faktisch Revolten mit schweren Folgen auftauchen könnten, wenn dem billigen und gerechten Verlangen des armen Volkes höheren Orts nicht willfahrt werden wird.

herbeizuführen und ersuche um gefällige Aeußerung, ob der Vorstand geneigt ist, in eine derartige Besprechung, in welcher auch andere Punkte der ersten Hilfeleistung zur Erörterung gelangen könnten, demnächst einzutreten."

Die beim Magistrat angestellten juristischen Hilfsarbeiter stehen vor einer wesentlichen Aufbesserung ihres Gehalts. Bisher erhielten dieselben, abgesehen von dem ältesten, welcher 225 M. monatlich bezog, pro Monat nur 180 M., also den Diätensatz, welchen die Gerichts-Assessoren bei Kommissarien in der Justizverwaltung beziehen. Dieses Honorar soll nun künftig für eine Probezeit von etwa einem Jahre, bewährten Kräften aber dann mindestens 3600 M. Jahresgehalt bewilligt werden. Dabei ist eine Erhöhung dieses Honorars auf 4200 M. nach weiterer dreijähriger, guter Dienstleistung in Aussicht gestellt. Im Schooße des Magistrats glaubt man durch diese Gehaltsaufbesserung die vorhandenen gut bewährten Kräfte der Verwaltung länger zu erhalten und auch künftig tüchtige juristische Hilfsarbeiter zu gewinnen, da eine längere Beschäftigung bei der Kommunalverwaltung geeignet erscheint, den Betreffenden günstige Aussichten auf ein Fortkommen in Kommunalstellungen überhaupt zu eröffnen.

w. **Zum Bau einer Pferdebahnlinie** Chaussee- und Invalidenstraße-Ecke, Veteranenstraße-Zionskirchplatz-Kastanien-Allee, Ecke der Schönhauser Allee, hat das kgl. Polizeipräsidium der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft die Genehmigung ertheilt. Die Linie soll noch im Laufe dieses Jahres gebaut werden.

Mit einem ganz entsetzlichen Raffinement, das in der Berliner Selbstmörder-Chronik entschieden einzig dastehen dürfte, hat am Sonntag ein in der Linienstraße 241 in Chambregarni wohnender 29jähriger Kaufmann Oskar Thorsen seinem Leben ein gewaltsames Ende gemacht. Derselbe, der schon seit längerer Zeit an einem alten Brustleiden litt, scheint dadurch veranlaßt worden zu sein, sich das Leben zu nehmen und bewerkstelligte dies nun, um auch sicher vom Leben zum Tode befördert zu werden, auf folgende, geradezu grausame Weise. Er befestigte zunächst an der Decke einen Haken und an diesem einen zu einer Zugschlinge geformten Strick, sodann schraubte er in die Dielen zwei eiserne Oesen und band seine beiden Füße daran an, nachdem er noch vorher, um seinen Körper gerade zu halten, sich am Rücken eine starke Holzstange, mit zwei vorn fest verschlossenen eisernen Ketten angebracht hatte. So vorbereitet, legte er seinen Kopf in die Schlinge und bewirkte nun durch ein geringes Heben der Füße, daß sich die Schlinge zuzog und ihn auf diese Weise vollständig erdrosselte. Das eigenthümliche, mit der ganzen Exekution verbundene Geräusch hatte die Aufmerksamkeit anderer Hausbewohner erregt, doch war Th. beim Eintritt derselben bereits eine Leiche. Erst durch Zerschneidung der Stricke konnte der Selbstmörder aus der entsetzlichen Lage gebracht resp. von den Fesseln an den Füßen befreit werden. Auf Anordnung der sofort benachrichtigten Revierpolizei wurde die Leiche nach dem Leichenschauhause geschafft.

In der Klosterstraße, um die Kaiser-Wilhelmstraße herum, wird jetzt auch unter den alten Häusern tüchtig aufgeräumt, nicht zum Schaden der Straße, denn sie bekommt Luft und Licht und tritt aus ihrer kleinstädtischen Abgeschlossenheit heraus. Aber ein Stück Alt-Berlin verschwindet damit wieder. An Stelle des alten düsteren Kalandshofes erheben sich bereits schmucke Kaufhäuser mit Erkern, Giebeln und Thürmen. Wie wenige Berliner mögen diesen Winkel an der alten Stadtmauer gekannt haben, von dem sich die Berliner im 15. Jahrhundert die pikantesten Geschichten erzählten. Ursprünglich waren die Kalandsbrüder eine sehr fromme Gesellschaft. Priester hatten sie gegründet, um sich gegenseitig in Noth und Tod beizustehen. Der Orden aber wurde bald reich, umgab sich mit dem Reiz des Geheimnisses und zog dadurch auch splendide Laien in seine Kreise. Der Stiftungsbrief stammt aus dem Jahre 1344, aber schon im Jahre 1381 war er im Stande, dem Rath von Berlin 72 Schock böhmischer Groschen zu leihen, wofür dieser die Fischereien und die Pacht vom See bei Stralow verpfändete. Im Kalandshofe ging es nach den religiösen Verhandlungen sehr lustig zu, man sprach von richtigen Orgien und Papst Eugen IV. hob auf Antrag Kurfurst Friedrich II. den Orden gänzlich auf. Im Jahre 1698 ging der Kalandshof in den Besitz der Stadt über, welche ihn in ein Kriminalgericht mit dem obligaten Stadtgefängniß verwandelte. Eine hohe Mauer umgab nun den Kalandshof und nach der Seite der Königsmauer befanden sich die festen Verließe für die Todeskandidaten. Im Jahre 1797 trat das Stadtgefängniß auf dem Molkenmarkt an die Stelle des Kalandshofes und die Grundstücke gingen im Privatbesitz über. Heut erheben sich heitere Bauten mit hellen Spiegelscheiben an Stelle des alten dunklen Gemäuers.

Der Einbrecher und Johlegänger, Kistenmacher Franz Letzin ist wieder einmal aus der Irrenanstalt zu Dalldorf entwichen. Im November 1883 gelang es ihm in Gemeinschaft mit zwei anderen wilden Männern, die zu den gefährlichsten Einbrechern Berlins gehörten, Halsband und Wessel, von dort zu entkommen. Der letztere ging damals, nachdem er hier noch mehrere Diebstähle ausgeführt hatte, nach Amerika, wo er eine Schlächterei begründete und noch betreibt. Halsband und Letzin wurden aber wieder ergriffen und nach Dalldorf zurückgebracht. Kenntlich ist der 27 Jahre alte, ziemlich schwächlich gebaute Letzin an einer Narbe unter dem linken Auge und zwei erbsengroßen Leberflecken auf der linken Rückenseite.

Nach einer Mittheilung des Amtsvorstehers zu Treptow wurde am Sonntag, den 1. d. Mts, Nachmittags, in der Nähe des Eierhäuschens die Leiche eines unbekannten ca. 25 Jahre alten Mannes auf dem Eise des linken Spree-Ufers in einem Loche steckend aufgefunden. Die Leiche hat schwarzes Haar und ist bekleidet mit einem graubraunen Ueberzieher, ebensolchen Tuchbeinkleidern und Zugstiefeln. Die eine Hand derselben war noch mit einem schwarzen Glacéhandschuh bekleidet. Angaben über die Persönlichkeit des Aufgefundenen werden bei der Kriminal-Polizei entgegengenommen.

Ein Schicksalsschlag hat den Kellner Schulz, einen ordentlichen, fleißigen Mann, betroffen. Derselbe erkrankte, nachdem er gegen ein chronisches Magenleiden einige Zeit lang ein Morphium-Medikament angewendet, vor wenigen Monaten an den Augen. Das Uebel verschlimmerte sich von Tag zu Tag, bis schließlich auf dem einen Auge vollständige Erblindung eintrat. Die Aerzte konstatirten eine unheilbare Atrophie der Sehnerven, und Schulz dürfte auch bald den Verlust des zweiten Auges zu beklagen haben. Der Aermste, welcher sich noch in der Klinik befindet, ist durch das Unglück selbstverständlich erwerbsunfähig geworden. Er sowohl wie seine Familie sehen daher der bittersten Noth entgegen. Mildthätige Herzen würden sich durch Unterstützung der schwergeprüften Familie den aufrichtigsten Dank derselben erwerben. Die Wohnung der Leute befindet sich Großbeerenstraße 90, 4 Treppen. Jede, auch die bescheidenste Gabe ist willkommen.

Zeichen der Zeit. Um ein Unterkommen zu finden, hat in der Nacht vom 7. zum 8. d. M. der obdachlose Korbmacher Nitsche die Schaufensterscheibe eines Garderobengeschäfts in der Gertraudtenstraße mit einer Branntweinflasche absichtlich zertrümmert. Wie N. wurden auch zwei obdachlose Handwerker, der Maurer K. und der Tuchscheerer M., in Haft genommen, welche am 7. d. M. Abends das Schaufenster einer Kolonialwaarenhändlerin in der Höchstestraße zerschlagen hatten.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Gewerbestatistik. Im Anschluß an die bisherigen Veröffentlichungen des kaiserl. Statistischen Amts über die Ergebnisse der Berufszählung vom 5. Juni 1882 ist jetzt als 7. Band neuer Folge der Statistik des Deutschen Reichs die Gewerbestatistik der deutschen Staaten und ihrer größeren Verwaltungsbezirke erschienen. Die mit der Berufszählung verbundene gewerbestatistische Aufnahme erstreckte sich bekanntlich auf die Betriebsstätten der Industrie, einschließlich des eigentlichen Handwerks, ferner der Handels-, Versicherungs- und Verkehrsgewerbe (mit Ausnahme der Eisenbahnen), und zwar auch auf die Betriebe vom kleinsten Umfang, selbst auf diejenigen, in denen nur eine Person nebensächlich thätig war. Für alle diese Betriebsstätten wurde ermittelt: die Zahl der in denselben thätigen Personen, deren Arbeitsstellung, ob und welche Arten von Motoren im Betrieb Verwendung fanden, ob und inwieweit Hausindustrie dabei vorkam, endlich in welchem Besitzverhältniß sie standen. Alle diese Momente sind in den Nachweisungen berücksichtigt, die sowohl für die Gewerbe im Ganzen, als auch mit Unterscheidung von 20 Gewerbegruppen und von 248 Gewerbearten geboten werden. Was die Hauptresultate der Aufnahme anbetrifft, so sind im Ganzen 3 609 801 Gewerbebetriebe im Deutschen Reiche gezählt worden; davon waren 3 005 457 Haupt- und 604 344 Nebenbetriebe, d. h. solche, in welchen keine Person, weder als Leiter noch als Gehilfe, mit ihrer Hauptbeschäftigung thätig war, die vielmehr nur eine oder mehrere Personen lediglich nebensächlich beschäftigten. In den Hauptbetrieben waren im Jahresdurchschnitt 7 340 789 Personen thätig. An der Bevölkerung gemessen, giebt das auf 1000 Einwohner 79,8 Gewerbebetriebe und 162,3 gewerbthätige, d. i. in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigte Personen. Der durchschnittliche Umfang eines Hauptbetriebes, nach der beschäftigten Kopfzahl bemessen, stellt sich auf 2,44 Personen." — Nach dem Verhältniß der gewerbthätigen Personen zur Bevölkerung ragen unter den einzelnen Staaten und Provinzen mit einer mehr als 200 betragenden Ziffer hervor: Stadtkreis Berlin (307), Rheinland (205), Königreich Sachsen (263), Sachsen-Meiningen (213), Sachsen-Altenburg (201), Reuß Greiz (277), Reuß-Gera (238), Lübeck (256), Bremen (309), Hamburg (319). Erklärt sich für die drei Hansestädte die ausgedehnte Gewerbthätigkeit schon aus dem Vorwiegen des städtischen Elements unter ihrer Bevölkerung, so haben sie doch als Seestädte hinsichtlich des Gewerbes des Wasserverkehrs noch eine besondere Bedeutung; Hamburg insbesondere zeichnet sich überdies durch die starke Entwickelung seines Handels aus, in welchem allein 100,4 Personen, auf 1000 der Gesammtbevölkerung berechnet, thätig sind. Berlin verdankt seine hohe Ziffer der Entwickelung einer größeren Anzahl von Gewerbszweigen, für welche die Großstadt den geeigneten Boden abgiebt. Den besonderen gewerblichen Charakter der übrigen hier namhaft gemachten Gebietstheile anlangend, so sind im Rheinlande die Gewerbegruppen des Bergbaues und Hüttenwesens, sowie der Textilindustrie vergleichsweise stark vertreten, im Königreich Sachsen die Textil- und die Papierindustrie, sowie die polygraphischen Gewerbe, in den beiden sächsischen Herzogthümern die Industrie der Steine und Erden und die der Holz- und Schnitzstoffe, in den beiden Reuß die Textilindustrie, insbesondere in Reuß j. L. auch die Maschinen- und die Lederindustrie. — Bei Unterscheidung der Provinzen bezw. Staaten nach Bezirken treten als industriell stark entwickelt zu den eben genannten Distrikten noch hinzu der Regierungsbezirk Arnsberg mit 226,9 und der Bezirk Ober-Elsaß mit 229,0 gewerbthätigen Personen auf je 1000 Einwohner, und zwar Arnsberg wegen der hier sehr verbreiteten Gewerbe des Bergbaues und Hüttenwesens, wie auch der Metallverarbeitung, Ober-Elsaß in Folge seiner bedeutenden Textilindustrie, die nicht weniger als 115,3 unter je 1000 seiner Bewohner beschäftigt.

Rückgang der Löhne. Das offiziöse „Deutsche Tageblatt" schreibt; „Sollten die ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse noch lange anhalten — und es ist noch nicht abzusehen, wann eine Besserung eintreten wird — so wird eine Maßregel auf die Dauer nicht zu vermeiden sein, welche jeder so lange als nur irgend möglich hinauszuschieben wünscht, weil die Folgen unter allen Umständen beklagenswerth und zuweilen von sehr bedenklicher Art sind. Der Rückgang aller Preise und die theilweise Stockung des Absatzes muß früher oder später eine Herabsetzung der Löhne zur Folge haben, denn dieselben bieten alsdann das einzige wirksame Mittel, um eine gewisse Rentabilität zu erhalten und um den Ruin der Unternehmer abzuwenden." — Wenn offiziöse Organe den unvermeidlichen Rückgang der Löhne zugestehen, dann kann derselbe sicherlich nicht mehr geleugnet werden, da jene Blätter bis jetzt im Interesse der deutschen Schutzzoll- und Wirthschaftspolitik die Oberleugner solchen Rückgangs gewesen sind.

Der Streik der Weimarischen Handschuhmacher ist in der Hauptsache dadurch beendet worden, daß die meisten der Streikenden anderwärtig Arbeit gefunden haben. Die Verbleibenden haben eine kleine Lohnaufbesserung und eine Verringerung der Arbeitszeit erzielt. Also besser wie gar nichts.

Der Streik in Decazeville nimmt immer größere Dimensionen an. Es ist aber Ruhe eingetreten. Die Streikenden warten den Ausgang der Anstrengungen ab, die von ihren Freunden in der Kammer und bei der Regierung gemacht werden.

Die amerikanische Eisenindustrie erfreut sich noch immer nicht des gewünschten Aufschwungs. Die Lagervorräthe nehmen von Tag zu Tag zu; die Löhne sind gedrückt. Zahlreiche Eisenarbeiter sind ohne Verdienst. Die deutschen Metallarbeiter sind dringend vor Auswanderung zu warnen.

Vereine und Versammlungen.

* **In der Generalversammlung der Maurer Berlins** und Umgegend, welche von ca. 2000 Theilnehmern besucht, am Sonntag, den 7. d. M., Vormittags, unter Vorsitz des Herrn Grothmann in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, tagte, referirte Herr Regierungsbaumeister Keßler über die Bedeutung des Kongresses der deutschen Maurer. Redner unterzog zunächst den § 152 der Gewerbeordnung einer Besprechung. Dieser Paragraph sei es, welcher den Arbeitern gestattet, sich zu vereinigen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Dieses könne jedoch nicht allein dadurch geschehen, daß man sich auf Grund der den Arbeitern gesetzlich zustehenden Koalitionsfreiheit in sogenannte Fachvereine vereinige, sondern eine Vereinigung über ganz Deutschland könne dieses nur herbeiführen. Da es aber auf Grund der bestehenden Vereinsgesetze verboten ist, daß politische Vereine mit einander in Verbindung treten, — die Fachvereine aber von den Behörden vielfach zu politischen Vereinen gestempelt würden — so müßte man suchen, die im Gesetz befindlichen Lücken auszunützen, und andere Mittel und Wege suchen, um eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen. Dieses kann dadurch geschehen, daß man öffentliche Versammlungen einberuft, und dort seine Vertreter wählt. Die auf diese Weise gewählten Vertreter treten nun mit den nach gleichem Modus in anderen Orten Gewählten zu einem Kongreß zusammen. Dort können die Lohn- und Arbeitsbedingungen über ganz Deutschland besprochen und geregelt werden, ohne die Grenzen des Gesetzes dabei zu überschreiten. Redner ging sodann noch auf die einzelnen Punkte der Tagesordnung des nächsten Kongresses ein. Besonders hervorheben wollen wir, daß nach den Ausführungen des Redners auch die Wanderunterstützungskassen, welche von den Fachvereinen einzelner Städte ins Leben gerufen sind, und auf Grund von Kartellverträgen ihre Mitglieder unterstützen und dadurch das Wandern erleichtern, auf dem nächsten Kongreß besonders berücksichtigt werden sollen, damit auch hierin eine einheitliche Regelung geschaffen werde. Auch in der Agitation zur Organisation der Gewerkschaften der kleineren Städte müßte der Kongreß eine Regelung schaffen. Welche guten Früchte eine mit Nachdruck geübte Agitation zur Reife bringe, haben die Agitationskreisen gezeigt, welche diesen Winter von Berliner Maurern gemacht worden sind. In der darauf folgenden Diskussion schlossen sich die Herren Bock, Grothmann und Weiße den Ausführungen des Referenten in vollem Sinne an. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung des Themas: „Wie stellen sich die Berliner Maurer zu einer etwaigen Verlegung des Fachorgan „Der Bauhandwerker". Sämmtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß die Berliner Delegirten, falls diese Frage auf dem Kongreß zur Sprache kommen sollte, ganz entschieden gegen die Verlegung von Berlin Front machen müßten. Folgende Resolution wurde angenommen: „In Anbetracht einer etwaigen, von der Kontrollkommission in Aussicht gestellten Verlegung des „Bauhandwerker" beschließt die heutige Versammlung wie folgt: 1. Der „Bauhandwerker" und die dazugehörige Kommission bleiben in Berlin, und beauftragt die Versammlung die Berliner Delegirten, mit allen Kräften dafür einzutreten. 2. Die Kontrollkommission und Preßkommission bleiben getrennt. 3. Gegen eine etwaige Verlegung der Kontrollkommission mehr nach der Mitte Deutschlands, hat die Versammlung nichts einzuwenden. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Wahl der Delegirten zum Kongreß", wurde von Herrn Grothmann mitgetheilt, daß die Maurer Hamburgs fünf Delegirte und drei Kontrollkommissions-Mitglieder zum Kongreß entsenden. Herr Krieg empfahl — da die Berliner Maurer noch nie mehr wie fünf Delegirte zum Kongreß gesandt haben — den alten Modus auch für dieses Jahr beizubehalten, trotzdem im Verhältniß zu Hamburg, Berlin die doppelte Zahl zu stellen hätte. Die Berliner Maurer würden aber nicht diktatorisch, sondern demokratisch handeln und empfahl Redner deshalb fünf Delegirte und drei Mitglieder der Preßkommission zu entsenden. Dieser Antrag wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, den Berliner Delegirten 7 M. Spesen pro Tag und das Eisenbahn-Fahrgeld 3. Klasse zu gewähren. Als Delegirte wurden gewählt die Herren: Grothmann, Behrend, Bock, Scheel und Krüger, zur Vertretung der Preßkommission die Herren Wilke, Weise und Blaurock. Zu „Verschiedenes" kritisirte Herr A. Jänicke, daß die Lohnkommission, dem Kassirer des Generalfonds pro Monat zehn Mark Vergütigung bewilligt habe. Die Versammlung beschloß, daß das Vorgehen der Lohnkommission zu billigen sei und der Beschluß bestehen bleibe. Ferner wurde ein Brief, welcher an den Vorsitzenden der Lohnkommission Herrn Wilke gerichtet war, verlesen und lautet derselbe wie folgt: „Berlin, den 6. März 1886. — Lieber Freund! Noth bricht Eisen. Heute Morgen kam ich zu unserm Freund August Plath, Naunynstr. 72. Als ich oben kam, war mein Freund Pl. nicht zu Hause. Der Nachbar öffnete die Thür und theilte mir mit, daß die Frau unseres Freundes in Ohnmacht liege. Der Mann sei fortgegangen, um einen Arzt zu holen. Ich ging hinein, fand aber keine Ohnmächtige, sondern eine Leiche. Ich kann konstatiren, daß die arme Frau viel geduldet hat. Mit ihren Kindern hat sie Leid und Qual mit ihrem Mann getheilt um der Gesammtheit willen. Meinen Augen entflossen Thränen und ich kann nicht mehr schreiben. Zwei von den armen Kindern habe ich bis auf weiteres zu mir genommen. In der Wirthschaft ist nichts Entbehrliches mehr zu finden. Der Wirth fordert die Miethe und der Steuermann klopft auch an die Thür. Das ist ein Bild vom „Berliner Hungertyphus". Karl Schmidt. Der Bruder dieses so schwer heimgesuchten Maurers Plath bat die Versammlung um eine leihweise Unterstützung desselben, um die verstorbene Frau unter die Erde bringen zu können. Mit Opferfreudigkeit beschloß die Versammlung fast einstimmig, dem so schwer Getroffenen 100 Mark zu bewilligen, welche jedoch nicht nur als geliehen zu betrachten sind. Nach Erledigung einiger weniger interessanter Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die Einigkeit der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen sämmtlicher in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiter hat sich konstituirt und findet die nächste Versammlung am Montag, den 15. d. M., Abends 8 Uhr, in Siemundt's Restaurant, Linienstr. 8, statt. Kollegen, zeigt, daß Ihr die Mißlichkeit Eurer Lage und die Nothwendigkeit einer Organisation erkannt habt. Beseitigt allen Kastengeist der Arbeiter in unserer Branche und tretet Mann für Mann dieser Vereinigung bei, denn nur in großen Massen vereinigt werden wir im Stande sein, die Besserung unserer Verhältnisse herbeizuführen. Da auf die Tagesordnung dieser Versammlung die Vorstandswahl gesetzt ist, kann nur Mitgliedern der Zutritt gestattet werden. Aufnahme von Mitgliedern findet täglich statt bei Meris Seeger, Prenzlauerstr. 39, sowie am Abend der Versammlung am Eingange des Versammlungslokales.

* 5. **Reichstags-Wahlkreis.** Dienstag, den 9. März, Abends 8½ Uhr, Versammlung bei Jacobi, Landsbergerstr. 82. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gerisch über „Lessings Leben und Wirken". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

* **Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin** (E. G.) Zimmerstraße Nr. 30. Heute, Dienstag, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Krüger, Mohrenstraße Nr. 40, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahres-Abschluß wie Beschlußfassung über die Gewinn-Vertheilung und die dem Vorstand zu ertheilende Decharge. 2. Ausschluß von Mitgliedern. 3. Wahl des Vorstandes und der Verwaltungsrathsmitglieder. 4. Geschäftliches.

* **Berliner Turngenossenschaft** (6. Lehrlings-Abtheilung), jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Abends in der Turnhalle, Zehdenickerstr. 17.

* **Rauchklub „Zum Wrangel".** Jeden Dienstag Abend 8½ Uhr im Restaurant Wrangelstr. 32.

* * *

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die verehrliche Redaktion wird um Aufnahme nachstehender Erklärung gebeten:

In verschiedenen Zeitungen habe ich zu meiner Verwunderung gelesen, daß mir Vorwürfe in einer Versammlung, die in der vorigen Woche im Restaurant Sanssouci stattgefunden hat, darüber gemacht worden sind, daß ich dort nicht erschienen bin. Gelesen habe ich in der betreffenden Zeitungsnotiz, daß ein Vortrag von mir über den Nordostseekanal mittelst Säulenanschlag für jene Versammlung angekündigt worden sei. Ich erkläre hiermit, daß dies ohne mein Wissen und Willen geschehen ist; daß mich vor der Einberufung und Veröffentlichung jener Versammlung Niemand gefragt hat, ob ich anwesend sein und einen Vortrag halten würde. Tags zuvor sprach ich für den durch Krankheit verhinderten Abg. Liebknecht in einer Versammlung in der Habelschen Brauerei. Nach Beendigung derselben hörte ich zuerst, daß ich andern Tags in Sanssouci reden sollte. Ich erklärte aber sofort, daß ich gerade an dem Tage durch Arbeit verhindert sei; wäre ich aber drei Tage vorher davon unterrichtet worden, daß ein Vortrag von mir gewünscht würde, so hätte ich mich einrichten können. — Ueberhaupt ist es eine Unsitte, Referenten auf die Tagesordnung zu setzen, mit denen man sich vorher nicht verständigt hat. Ich werde in keiner Versammlung ein Referat halten, wenn ich nicht vorher davon unterrichtet worden bin und meine Zustimmung gegeben habe. Sobald ich dieselbe aber gegeben habe, so bin ich auch unfehlbar am Platze, da ich gewohnt bin, Wort zu halten. Außerdem würde ich über das vorgeschlagene Thema: Nordostseekanal nicht mehr ohne besondere Veranlassung gesprochen haben, da die Regierungsvorlage endgiltig angenommen worden und nichts mehr daran zu ändern ist. Meine Fraktion ist übrigens einmüthig für dieselbe eingetreten. Dann habe ich persönlich meine Ansichten über den Kanal in einer großen Versammlung in der Tonhalle seiner Zeit und zwar vor der Schlußabstimmung im Reichstage zur Genüge entwickelt.

Berlin, den 6. März 1886.

W. Hasenclever.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 57. Dienstag, den 9. März 1886. III. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

61. und 62. Sitzung vom 8. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Schelling. Die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt.

Die Aufnahme der Zellulosefabriken in das Verzeichniß der besonderer Genehmigung bedürfenden gewerblichen Anlagen wird in dritter Berathung genehmigt, und soll darauf die zweite Berathung des von Reichensperger eingebrachten G.-E., betreffend die Einführung der Berufung, fortgesetzt werden.

Abg. Reichensperger (zur Geschäftsordnung): Das schwach besetzte Haus wäre wohl im Stande, heute die Verhandlung mit Worten weiterzuführen, aber außer Stande, Beschlüsse zu fassen, die in jedem Fall für spätere Zeit und ein beschlußfähiges Haus vorbehalten werden müßten. Das würde aber die für einen so wichtigen Gegenstand bedauerliche Folge haben, daß alsdann die heute Abwesenden mitvotiren würden, ohne die heutige Verhandlung und die Argumente, die sie zu Tage fördert, zu kennen. Er beantragt daher die Vertagung der Verhandlung, da er sonst an das Bureau die Frage richten müsse, ob es das Haus für beschlußfähig hält.

Der Antrag auf Vertagung wird durch die Stimmen der Rechten und einiger Nationalliberalen abgelehnt, worauf Reichensperger an den Präsidenten die angekündigte Frage richtet. Der Präsident lehnt ihre Beantwortung in diesem Moment ab, da sie nur vor einer Abstimmung aufgeworfen werden kann, nicht nach derselben. (Stimmen rechts: Sie hätten Ihren Zweifel aussprechen sollen, bevor Sie den Antrag auf Vertagung stellten!)

Der Präsident eröffnet die Verhandlung über die Berufung und ertheilt dem Abg. Reichensperger das Wort, der einstweilen darauf verzichtet. Abg. Munckel beantragt den Schluß der Debatte und spricht zugleich seinen Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses aus. In dieser Verbindung, mit und vor einer verlangten Beschlußfassung des Hauses ausgesprochen, kann er nur die Folge haben, daß der Präsident den Namensaufruf vornehmen läßt, der trotz zahlreicher Motionen nur 136 Mitglieder als anwesend konstatirt. Der Präsident schließt die Sitzung und setzt eine neue um 2½ Uhr an, die durch eine frisch gedruckte Tagesordnung als 62. bezeichnet wird.

Abwohl das Haus dem Augenschein nach nicht zahlreicher besetzt ist als vorhin, lehnt Abg. Reichensperger das ihm erteilte Wort diesmal nicht ab und bittet, den Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen. Insbesondere sei das Argument der Gegner der Berufung hinfällig, daß der zweite Richter schlechter informirt sein solle als der erste. Die ganze Rechtsordnung in Deutschland beruhe auf der Berufung als einem wesentlichen Faktor; in allen Zivilprozessen, bei der gesammten Verwaltung, und im Strafverfahren bei den Schöffengerichten gebe es die Berufung. Der Berufungsrichter werde gegenüber den Urtheilen der Strafkammern freilich nicht sehr oft in die Lage gebracht werden, einen anderen Thatbestand festzustellen, als die Strafkammer, wohl aber komme es häufig vor, daß die Strafkammer aus einem richtig festgestellten Thatbestand unrichtige Schlüsse ziehe, die das Berufungsgericht rektifiziren müsse. Aus seinen Erfahrungen als Richter beim Obertribunal kann der Redner versichern, daß er und seine Kollegen dort oft genug die Köpfe geschüttelt haben, wie falsche Schlüsse vielfach die Vorinstanz aus den durch das Beweismaterial festgestellten Thatsachen gezogen habe. Durch irgendwelche neu zu schaffende Garantien für die Rechtsprechung erster Instanz könne die Berufung nicht ersetzt werden. Alle diejenigen aber, denen es Ernst mit Wiedereinführung der Berufung ist, müssen für den Kommissionsantrag stimmen, da dieser im Bundesrathe wenigstens die preußische Regierung für sich habe. Der Antrag Munckel, welcher die Oberlandesgerichte zur Berufungsinstanz gegenüber den Strafkammern erheben will, habe im Bundesrathe durchaus keine Aussicht auf Annahme.

Abg. Hänel: Wir haben vor wenig Jahren eine Strafprozeßordnung eingeführt, die darauf zugespitzt war, die Berufung überflüssig zu machen durch die ganze Konstruktion des Prozesses, durch die darin der Vertheidigung gewährte Rolle, durch die Wiederaufnahme des Verfahrens ꝛc. Wenn ich nun frage, ob die Vorschläge der Kommission eine Verbesserung gegenüber der Strafprozeßordnung enthalten, so muß ich unbedingt Nein sagen. Der Preis, den wir für die Wiedereinführung der Berufung zahlen sollen, ist mir viel zu hoch. Der Kommissionsbericht erkennt selbst an, daß die erwähnten Garantien für die Rechtsprechung der ersten Instanz mit der Einführung der Berufung aufgehoben werden sollen. Dem kann ich aber nimmermehr zustimmen, und insbesondere ist die verlangte Herabsetzung der Zahl der erkennenden Strafkammerrichter von 5 auf 3 für mich völlig unannehmbar. Die Berufung dadurch zu erkaufen, daß wir ein schechteres, schnelleres, beschleunigtes Verfahren in der ersten Instanz bekommen, dazu kann ich mich nicht hergeben. Auch die besten Garantien für ein gutes Verfahren zweiter Instanz könnten dasjenige nicht ersetzen, was nach den Kommissionsvorschlägen, auch im Interesse des Angeschuldigten, bei der ersten Instanz verloren wird. Bei unserem mündlichen Verfahren kommt der eigentliche Charakter des Strafprozesses nur in der ersten Instanz zur Erscheinung; nur der erste Richter gewinnt einen gesicherten, individuellen Eindruck vom Thatbestand; der zweite Richter wird meistens nur ein abgeleitetes, gebrochenes Bild davon erhalten. Würden Sie die Kommissionsbeschlüsse annehmen, so würde psychologisch nothwendig die erste Instanz immer unter dem Eindruck verfahren: „Ja, wenn wir etwas versehen, über uns steht ja noch ein höherer Richter, der uns korrigiren kann.“ Dies ist eine schwere Gefahr, die allein schon den Kommissionsbeschluß für mich unannehmbar macht. Dazu kommt, daß ich nun und nimmermehr ihrem Vorschlag beitreten kann, wonach es auch eine Berufung des Staatsanwalts zu Ungunsten des Angeklagten geben soll. Der Staatsanwalt hat in der ersten Instanz eine so überwiegende Stellung, er hat, wenn er seine Pflicht thut, so viele Mittel, um alles Belastungsmaterial im vollsten Umfange herbeizuschaffen, daß, wenn trotz dieser Stellung des Staatsanwalts ein Angeklagter in erster Instanz freigesprochen wird, es unbillig wäre, ihn dann noch neuen Angriffen des Staatsanwalts auszusetzen und das mißliche Institut einer provisorischen Freisprechung zu schaffen. Weil ich also weder eine verschlechterte erste Instanz noch eine Berufung des Staatsanwalts will, deshalb sind die Kommissionsvorschläge für mich absolut unannehmbar. Ich halte es für richtig, nicht bereits so kurze Zeit nach Einführung der Reichsjustizreform deren Grundlagen zu ändern. Man sollte lieber zunächst den positiven Mängeln in der Handhabung der Strafprozeßordnung abhelfen. Der Kommissionsbericht erkennt ja selbst an, daß solche Mängel vorhanden sind und daß sie ohne Aenderung der bestehenden Gesetze wesentlich beseitigt werden können. Ich spreche mich hier nicht prinzipiell für oder gegen die Berufung aus, sondern markire nur meine Stellung zur Vorlage.

Abg. Robbe: Die Frage ist nicht lediglich eine juristisch-technische, sondern auch die Forderungen der öffentlichen Meinung und des Laienpublikums fallen für ihre Entscheidung ins Gewicht. In Preußen wenigstens wird der Wegfall der Berufung gegen Urtheile der Strafkammer schwer empfunden und es wird nicht verstanden, daß sie gegen Urtheile der Schöffengerichte und im Verwaltungsstreitverfahren statthaben soll, aber nicht gegen die Urtheile, bei denen es sich um Freiheit und Ehre handelt. Der Abneigung der süddeutschen Regierungen steht die zustimmende Erklärung der süddeutschen Anwaltskammern gegenüber, die mit dem Publikum eine viel intimere Fühlung haben als die Richter. Auch durch Besserung der Garantien für die richtige Judikatur erster Instanz, so werthvoll sie an sich ist, wird die auf Berufung hindrängende Bewegung nicht aufgehalten werden. Der Redner erklärt sich wie Reichensperger für den Antrag der Kommission.

Abg. Francke ist gegen die Wiedereinführung der Berufung, weil er glaubt, daß es bessere Garantien für eine richtige Urtheilsprechung giebt als sie. Unser jetziges Strafprozeßverfahren zeigt allerdings Mängel, die absolute Mündlichkeit des Verfahrens hat vielfach ihre Bedenken. Es wird darauf ankommen, durch das Vorverfahren schon den status causae controversiae festzustellen.

Abg. Rintelen: Man wendet gegen die Wiedereinführung der Berufung ein, daß die Feststellung des Thatsächlichen in der zweiten Instanz auf Schwierigkeiten stoße und oft gar unmöglich sei. Aber wenn dieser Einwand stichhaltig wäre, so müßte man auch die Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte und das Wiederaufnahmeverfahren beseitigen. Für das Bedürfniß der Berufung spricht, daß sämmtliche Landgerichte Schlesiens sich für dieselbe ausgesprochen haben.

Abg. Marquardsen wird gegen die Vorlage stimmen. Der Einwand insbesondere, daß die Abschaffung der Berufung durch Theoretiker herbeigeführt sei, könne nicht aufrecht erhalten werden. In der Reichsjustizkommission befanden sich seiner Zeit nur die beiden Professoren Gneist und der Redner selbst. Von Praktikern aber, die Kommissionsmitglieder waren, haben gegen die Berufung votirt der Generalstaatsanwalt v. Schwarze; die praktischen Juristen v. Puttkamer und Thilo; die hervorragenden Anwalte Cysoldt, Dr. Wolffson und Dr. Grimm. Die Vortheile, welche die Vorlage bieten könne, werden durch die Mängel erheblich überwogen.

Abg. Saro ist — so weit er auf der Journalistentribüne verstanden werden kann — persönlich für die Wiedereinführung der Berufung, die, wie er anerkennen müsse, im Allgemeinen von der öffentlichen Meinung verlangt werde.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Abg. Rintelen beantragt angesichts der schwachen Besetzung des Hauses die Vertagung der Sitzung und die Verschiebung des Schlußreferats und der Abstimmung auf einen späteren Termin.

Abg. Bamberger bittet, sofort zur Abstimmung zu schreiten, da die Versammlung, welche die Diskussion über den Gegenstand angehört habe, auch allein kompetent sei, darüber definitiv zu entscheiden.

Nach einem Schlußwort des Referenten werden zunächst die Anträge Munckel-Träger abgelehnt. Dafür wesentlich nur die Deutschfreisinnigen. Die Kommissionsbeschlüsse werden angenommen. Dafür, wesentlich geschlossen, das Zentrum. Die übrigen Parteien stimmen gespalten.

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Schleuniger Antrag Windthorst, betreffend Zeugnißzwang gegen Reichstagsabgeordnete; Antrag Graf Moltke, betreffend Militärpensionen, und Antrag Reichensperger.)

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.

Am Ministertische v. Goßler, Friedberg und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht lediglich die zweite Berathung des Etats des Kultusministeriums.

Beim Gehalt des Ministers bemerkt

Abg. Schmidt (Sagan): Wie Ihnen erinnerlich, wurde in der vorigen Session bei Berathung des Volksschullehrer-Pensionsentwurfs die Frage angeregt, ob nicht auch die Lehrer an Mittelschulen in dieses Gesetz eingezogen werden könnten. Die Regierung nahm alsdann einen ablehnenden Standpunkt ein. Der Kultusminister versprach jedoch, in Erwägung zu ziehen, ob nicht auf anderem Wege für diese Lehrer gesorgt werden könne. Bis jetzt ist aber ein Seperatgesetz nicht vorgelegt worden, und es scheint leider, als ob seine Vorlegung gar nicht beabsichtigt ist. Ich bitte den Herrn Kultusminister, sich darüber zu äußern.

Minister v. Goßler: Die Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf schweben noch und ich bin nicht im Stande, genau zu sagen, ob und wann derselbe dem Hause wird vorgelegt werden.

Abg. v. Schwarzkopf wünscht eine Reorganisation der Stellung der Kreismedizinalbeamten insbesondere der Kreisphysici. Durch eine bessere Dotirung müssen sie in die Lage gebracht werden, eine größere Wirksamkeit in Bezug auf die Prüfung der ansteckenden Krankheiten, des Armenwesens u. s. w. zu entfalten.

Minister v. Goßler: Ich habe einen Entwurf über die Reorganisation der Medizinalbehörden aufgestellt, seine Durchführung ist aber auf finanzielle Schwierigkeiten gestoßen. In Bezug auf die Kreisphysici würde sich dadurch eine jährliche Mehrausgabe von einer Million ergeben. Es ist immer am besten, daß die Kreisphysici zwar eine Besoldung beziehen, aber daneben aus der Privatpraxis eine Einnahme haben. Allerdings würde zu erwägen sein, ob ihnen nicht beim Fortfall der Kreiswundärzte eine höhere Besoldung und Pension zu gewähren sein wird. Es giebt jetzt schon Kreise, welche den Kreisphysikus gutachtlich zu Rathe ziehen. Ich bin dafür, daß die Medizinalexekutive sich möglichst an den Sitz des Landraths anschließe. Uebrigens kann ich die Besorgniß nicht theilen, daß die Wirksamkeit der Kreismedizinalbeamten mit der Zeit eine schwächere geworden sei. An Anregungen unsererseits hat es nicht gefehlt, und Fähigkeit und Lust kann man diesen Beamten nicht absprechen.

Abg. Dr. Windthorst: Nach den Gewohnheiten langer Jahre würde diese Position die Stelle sein, wo wir unsere Klagen und Wünsche über die Kirchenpolitik auszusprechen hätten, insbesondere darüber, daß im Kultusministerium unsere Wünsche keine besondere Vertretung und Berücksichtigung finden. Ich enthalte mich, diese Wünsche und Klagen hier zu wiederholen. Denn es ist dem anderen Hause eine Vorlage zugegangen, deren Einbringung wir nur lebhaft begrüßen konnten und deren Fortgang wir lebhaft wünschen. Wir wollen alles unterlassen, was den ruhigen Gang dieser Verhandlung stören könnte. Ich glaube, es ist dem Herrenhause Ernst damit, etwas Gutes zu Stande zu bringen. Selbstverständlich stehen wir nach wie vor auf unserem alten Standpunkte und Diejenigen, welche uns hierher geschickt haben, mögen darüber beruhigt sein, wenn wir den ruhigen Gang der Entwicklung abwarten wollen. Ich habe den herzlichen Wunsch, daß es dem Herrenhause gelingen möge, etwas Brauchbares, Akzeptables zu Stande zu bringen. Ob es über unsere Köpfe weg gemacht wird, ist uns gleichgiltig. Geht die Sonne des Friedens über unseren Köpfen auf, dann wollen wir gern jede Neigung zum Streit fahren lassen lassen. Gott möge das Werk segnen und krönen, an dem das Herrenhaus arbeitet! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Wehr (Dt.-Krone): Auch wir wünschen von Herzen die friedliche Lösung des alten Streites. Ich habe aber einen anderen Wunsch vorzutragen. In der vorigen Session versprach uns der Minister die Vorlegung eines Dotationsgesetzes für Westpreußen, Posen und den Regierungsbezirk Oppeln. Ohne diese Vorlage würden die beiden schon vorgelegten Schulgesetze für diese Landestheile nicht gut berathen werden können. Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Minister, ob und wann er uns eine solche Vorlage zu machen gedenkt.

Minister v. Goßler: Es besteht unsererseits der Wunsch, ein solches Gesetz einzubringen. Aber auch hier liegen finanzielle Schwierigkeiten vor. Die Verhandlungen mit dem Finanzminister schweben noch, ich kann deshalb nicht sagen, wann ich das Gesetz werde vorlegen können.

Abg. Dr. Porsch (Zentrum): Die Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Herrn Kultusministers über die Umstände, welche im Jahre 1871 die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium veranlaßt haben sollen, sowie die dabei in Bezug auf den damaligen Leiter der betreffenden Abtheilung geschleuderten Vorwürfe legen uns die

---

Berliner Theater.

Wallner-Theater.

R. C. „Leichte Streiche“ so betitelte sich ein Schwank, der am Sonnabend im Wallner-Theater über die Bretter ging. Wenn man die Anforderungen, welche an einen Schwank zu stellen sind, immer auf einem gewissen Niveau halten muß, so konnte man mit dem hier Gebotenen leidlich zufrieden sein. Aber harmlos lachen will, ohne sich über Ursprung und Berechtigung der Witze allzusehr den Kopf zu zerbrechen, der fand im Wallnertheater vollständig seine Rechnung. Unumwunden kann man sich freilich mit dem Inhalt des Stückes nicht einverstanden erklären, denn die „leichten Streiche“, die der Held des Schwankes ausführt, sind eigentlich mehr als gewagt.

Ein reicher junger Mann hat sich durch das Spiel ruinirt, er befindet sich in ziemlicher Verlegenheit und sendet daher einen Freund aus, der Geld für ihn leihen soll. Dieser Freund trifft bei dem Rechtsanwalt des jungen Verschwenders zufällig mit einer jungen Dame zusammen, welche die benöthigte Summe vorstreckt. Diese junge Dame war früher mit dem Spieler verlobt, sie hatte das Verhältniß eben der ungezügelten Spielwuth ihres Bräutigams wegen gelöst. Eugen von Rettberg, so ist der Name des jungen Thunichtguts — adlig wird er natürlich sein — beschließt nun, ein reiches Mädchen zu heirathen, um sich aus der Affaire zu ziehen. Er findet eine solche in der Tochter des Rentiers Bachmann und verlobt sich auch mit derselben. Da seine zukünftigen Schwiegereltern natürlich nun auch die neue adlige Verwandtschaft, auf die sie nicht wenig stolz sind, kennen lernen wollen, reisen sie nach den stark verschuldeten Gütern des Schwiegersohnes. Hier befinden sich zufällig ein Paar reisende Schauspieler, welche die Rolle der abwesenden Verwandten — des Onkels und der Tante des jungen Rettberg — übernehmen müssen. Schließlich erscheint der wirkliche Onkel auf der Bildfläche, er macht dem Unsinn natürlich ein Ende, es findet eine allgemeine Versöhnung statt, Herr Eugen von Rettberg darf seine erste Liebe heirathen, auch die Tochter des Rentiers erhält ihren alten Liebhaber und schließlich wird noch ein anderes glückliches Paar geschaffen. Besonders kühn ist die Anlage des Verfassers gerade nicht, Witzen finden sich in dem Stück soviel harmlose Späße und Witze, die freilich durch Neuheit nicht gut imponiren können, daß man über andere Schwächen gern hinwegsieht. Gespielt wurde recht gut. Wir lernten in Herrn Schönfeld einen Schauspieler kennen, der über Humor und einige Bühnengewandtheit zu verfügen scheint. Allerdings trat er sehr hinter Herrn Blencke zurück, der den tölpelhaften aber treuen Freund mit der ihm eigenthümlichen Verve wiedergab. Auch die Leistungen der Herren Guthery, Meißner und Alexander müssen lobend anerkannt werden. Von den Damen trug Frau Carlsen als Komödiantin den Preis davon.

Dem Schwanke ging ein Einakter vorauf, der sich als eine recht mäßige Dilettantenarbeit entpuppte. Ein kleines Mißverständniß, welches sich sofort aufklärte, und der unvermeidlichen Umarmung standen keine weiteren Hindernisse im Wege. Bei dem Einakter wirkte eine Wiener Schauspielerin mit, über die wir uns ein endgiltiges Urtheil vorbehalten.

Kleine Mittheilungen.

Frankenthal, 8. März. Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder wurde, wie die „Frankf. Ztg.“ mittheilt, Freitag Abend der langjährige Polizeikommissar Gschwindt von Ludwigshafen verhaftet und in das hiesige Landgerichtsgefängniß eingeliefert.

Dortmund, 8. März. Der heute früh 7 Uhr nach Düsseldorf-Köln abgelassene Personenzug der Bergisch-Märkischen Bahn gerieth vor der Station Marten in Folge falscher Weichenstellung in ein mit Kohlenwagen besetztes Geleise der Zeche „Germania“ und stieß auf eine Rangirmaschine auf. Der im Zuge befindliche Kaufmann Westhelle von hier wurde getödtet, vier andere Passagiere schwer verletzt, darunter der Direktor der „Borussia“, Bohres, der einen Beinbruch erlitt. Auch zwei Bremser wurden verwundet.

Hochverrathsprozeß in Graz. Am Donnerstag begann vor dem Schwurgerichte in Graz die Schlußverhandlung gegen den Schuhmacher Michael Tschabischer aus Weldramsdorf in Kärnten wegen der Verbrechen des Hochverrathes, Störung der öffentlichen Ruhe und Ehrenbeleidigung. Der Angeklagte wird beschuldigt, die hochverräterischen Druckschriften: „Erste Freie Presse Cisleithaniens“, „Volk und Parlament“, Most's „Freiheit“ u. a. m. in Wien, Wiener Neustadt, Neunkirchen, Graz, Marburg, Leoben und anderen Orten im Jahre 1883 verbreitet zu haben. Der Name des Angeklagten wurde im Grazer Anarchistenprozesse im Jahre 1884 oft genannt. Die Verhandlung wird geheim geführt.

Verpflichtung auf, den eigentlichen Sachverhalt klar zu legen. Man beschuldigte damals die katholische Abtheilung namentlich, daß unter ihrer Mitwirkung in Pelplin, nachdem daselbst vorher ein deutscher Domprobst gewesen, ein polnischer eingesetzt worden sei, der von vornherein habe darauf hinwirken sollen und auch darauf hingewirkt habe, die gesammten Geistlichen der Kulmer Diözese zu polonisiren. Diesen Angaben gegenüber kann ich mit dem gesammten mir darüber vorliegenden Aktenmaterial den Beweis des Gegentheils bezüglich aller Angriffe antreten. — Redner verliest hierauf die betreffenden Urkunden, beginnend mit der vom 20. Juni 1871, in welcher dem Herrn Krätzig davon Mittheilung gemacht wird, daß das Staatsministerium den Beschluß gefaßt habe, die beiden Abtheilungen, evangelische und katholische, im Kultusministerium aufzuheben, und an ihrer Stelle eine gemeinsame einzurichten; dadurch habe die Thätigkeit des Adressaten, des Leiters der Abtheilung, des Geh. Rath Krätzig, den Gegenstand ihrer Wirksamkeit verloren, derselbe sei daher mit dem vorschriftsmäßigen Wartegelde hiermit in den Ruhestand versetzt (hört! im Zentrum), eventuell habe er den Wiedereintritt in ein neues Dienstverhältniß (hört! im Zentrum) zu gewärtigen. Später wiederholt sich in dem Schreiben der Ausdruck dieser letzteren Möglichkeit mit den Worten: „vorausgesetzt, daß nicht eine anderweitige dienstliche Verwendung stattfinden sollte" (hört! im Zentrum), und es heißt zum Schluß, daß der Leiter der Abtheilung mit „Eifer und Hingebung bemüht" gewesen sei, seiner Aufgabe Gerechtigkeit widerfahren zu lassen (hört! im Zentrum), er solle indessen als Einleitung des definitiven Abschieds erst eine längere Bade- und Erholungsreise antreten rc. (Heiterkeit.) Es war also nirgends von Pflichtwidrigkeit die Rede, auch nicht, als der sel. v. Mallinckrodt in Folge seiner Anfrage vom Ministerpräsidenten die Antwort erhielt, daß es sich eigentlich nur um Formalien handle, da man an Stelle der Abtheilung die Einsetzung eines apostolischen Nuntius ins Auge gefaßt gefaßt habe. Am 18. März 1872 erhielt Herr Krätzig auch noch den Kronenorden III. mit dem rothen Kreuz. (Hört! im Zentrum.) Am 10. Mai 1873 kam Fürst Bismarck bei Gelegenheit der Aufhebung der Art. XV. und XVIII. der Verf. auf die katholische Abtheilung zu sprechen; er bestritt ausdrücklich, daß der Vorlage ein konfessioneller Charakter inne wohne und sagte über die katholische Abtheilung: er habe sich, als er aus dem Kriege zurückgekommen, gewundert, welche Fortschritte dieselbe in Bekämpfung der deutschen Sprache in polnischen Landesgebieten gemacht hätte. Diese scharfen Worte hätten damals Herrn v. Mühler zu der Entgegnung veranlaßt, (Kreuzztg. v. 14. März c. a.), daß die Abtheilung nie eine selbstständige Behörde gewesen, sondern stets unter Kontrole des Unterstaatssekretärs gestanden und niemals eine Thätigkeit im Schulwesen und besonders in der Sprachenfrage ausgeübt habe. (Hört! hört! im Zentrum. Lebhafte Bewegung.) Die „Nordd. Allg. Ztg." habe diese Worte nicht aufnehmen dürfen, dagegen habe sie auf dieselben eine scharf polemische Erwiderung gebracht, in welcher jedoch von polonisirenden Tendenzen, Pflichtwidrigkeit des letzten Leiters der katholischen Abtheilung, oder gar davon, daß die Schulfrage von ihr ressortirt habe, kein Wort enthalten gewesen. (Hört! hört! im Zentrum.) Minister v. Mühler habe sich weiter dauernd seiner Beamten angenommen, namentlich öffentlich erklärt: es hindere ihn die aus tiefer liegenden politischen Rücksichten erfolgte Auflösung der katholischen Abtheilung nicht, unschuldig angegriffene, noch lebende Beamte derselben zu vertheidigen. (Hört! im Zentrum.) Trotz dessen sei wiederum Minister Falk am 10. Dezember desselben Jahres auf die Auflösung der katholischen Abtheilung eingegangen und habe mit wohlwollender Milde über dieselbe und deren Leiter sich ausgesprochen. Nicht lange darauf sei Herr Krätzig um seinen definitiven Abschied eingekommen, der ihm denn auch mittelst Kabinetsordre vom 19. Dezember 1874 „in Gnaden mit Pension und unter Bezeugung der Zufriedenheit mit seiner Dienstführung" ertheilt worden sei. (Hört! hört! im Zentrum; Bewegung.) Seit jener Zeit ist nun absolut nichts eingetreten, was so harte, wie am 28. Januar d. J. gefallene Beschuldigungen hätte rechtfertigen können. Herr Krätzig hat sich daher in einem ausführlichen Schreiben an den Herrn Kultusminister gewandt. In demselben protestirt er namentlich dagegen: 1. amtliche Aktenstücke nicht ausgeliefert zu haben — das müßten die Akten und alle noch von damals lebenden Registraturbeamten bestätigen —, 2. jede Gelegenheit, einseitige Verfügungen im Interesse der von ihm vertretenen Sache zu treffen, benutzt zu haben — Alles sei seinen geordneten Gang durch Unterstaatssekretär bezw. Minister gegangen, und außerdem seien von der katholischen Abtheilung niemals Kommissarien zu Staatsministerialsitzungen zugelassen worden (Hört! im Zentrum) —, 3. mit den Bestrebungen bezüglich des Pelpliner Domkapitels je etwas zu thun gehabt zu haben, — er meine, es sei damals Weihbischof Jeschke, ein Deutscher, Dompropst geworden (Hört! im Zentrum) —, und 4. je mit hohen Familien im antipreußischen Sinne konspirirt zu haben. Allerdings stelle er nicht in Abrede, im Sinne der Installationsurkunde die katholischen Kirche stets vertreten zu haben. (Beifall im Zentrum.) Er bitte schließlich den Minister um Veröffentlichung aller bezüglichen Aktenstücke. — Ich meine zwar — schließt Redner —, daß dies nach einer solchen Rechtfertigung, wie durch solche Aktenstücke, kaum noch von Nöthen wäre, indessen schließen wir uns, meine Freunde und ich, dennoch dieser Bitte gern an. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister **v. Goßler**: Den Wunsch des Vorredners, daß es möglich gewesen wäre, die ganze Frage inzwischen zu erledigen, kann ich ja von meinem Standpunkt aus theilen. In demselben Augenblick aber, in welchem ich Herrn Dr. Krätzig auf sein Schreiben vom 29. Januar eine Erwiderung zugehen lassen wollte, kam mir ein Artikel der „Germania" vom 5. Februar in die Hand, worin ich unter Hinweis auf das Schreiben des Herrn Krätzig zu einer „Ehrenerklärung für diesen schwer gekränkten Ehrenmann" aufgefordert wurde. Nun ist es eine alte Regel innerhalb der preußischen Verwaltung, daß, wenn eine Beschwerde an irgend eine Zentralbehörde eingeht und gleichzeitig Preßartikel veröffentlicht werden, aus denen hervorgeht, daß der Inhalt dieser Beschwerde der Presse bekannt geworden ist, eine Antwort nicht erfolgt (große Bewegung im Zentrum). Den Grund können Sie sich ja selbst leicht sagen. Wenn auf Grund eines solchen Artikels nun eine Antwort erfolgt wäre, die Herrn Krätzig wohlthuender berührt hätte, als es vielleicht meine heutigen Erklärungen sein werden, so würde man natürlich den Eindruck haben, daß die Agitation in der Presse die Veranlassung gewesen ist. Nichts ist schwerer, als Verfügungen zu erlassen unter dem Druck derartiger Preßerzeugnisse, gewissermaßen aus Angst und Furcht vor Drohungen. Dies ist der einfache Grund. Das Konzept des Schreibens liegt vor mir, und ich bedauere, daß ich nicht in die Lage gekommen bin, es abzusenden. Herr Krätzig berief sich in dem Eingange seines Schreibens an mich auf Zeitungsreferate. Ich wäre in der sehr angenehmen Lage gewesen, ihm durch Uebersendung des stenographischen Berichts einen ganzen Theil seiner Irrthümer über meine Aeußerungen zu zerstören. Mir ist auch das abgeschnitten worden. Ich werde lediglich für das einzutreten, was ich wirklich gesagt habe. Ich habe hier dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß nach meinem Wissen die katholische Abtheilung sich allmälig zu einer selbstständigen Behörde im Organismus des Staats entwickelt und sich als solche gefühlt habe. Ich habe dazu erklärend bemerkt, daß Aktenstücke fehlten. Ueber manche Verhandlungen mit Bischöfen fehlte etwas, und es wären auch dem Unterstaatssekretär und dem Minister gegenüber Entziehungen eingetreten; beide seien nicht bei allen den Punkten zugezogen worden, wo die Geschäftsinstruktion dies forderte. Auf die Person des Herrn Krätzig bin ich in dem Zusammenhang nur eingegangen, weil auf ihn der landräthliche Bericht von 1871 Bezug nahm und darauf hinwies, daß mit polnischen Angelegenheiten der damalige Leiter der katholischen Abtheilung befaßt gewesen sei. Ich werde Ihnen an der Hand der Akten eine kurze Schilderung der katholischen Abtheilung geben. Auf den Antrag des Kultusministers Eichhorn genehmigte Se. Majestät die Gründnng einer Abtheilung im Kultusministerium, welche die katholischen Angelegenheiten bearbeiten sollte, als Beirath des Ministers, bestehend aus einem Direktor und zwei Räthen. Diese Abtheilung sollte zu dem Ministerium kein anderes Verhältniß haben, als wie die anderen schon vorhandenen Abtheilungen im Ministerium. Für dieselbe wurde eine Instruktion erlassen, ganz in derselben Weise wie für die anderen Abtheilungen, und die Maßregel den Provinzialbehörden und den Herren Bischöfen durch ein Rundschreiben mitgetheilt. Naturgemäß begab sich eine so eigen geartete Abtheilung allmälig auf eine etwas gesonderte Stellung, weil sie den Eindruck hatte, sie hätte ganz besondere Pflichten und Rechte wahrzunehmen. Der Direktor Aulecke gerirte sich denn auch in seinem Rechenschaftsbericht von 1851 über die zehnjährige Thätigkeit der Abtheilung wie der politisch verantwortliche Chef eines besonderen Ministeriums. Als solcher hat er ganz bestimmte Desideria auch nach der Richtung des Unterrichtswesens aufgestellt. Aulecke erachtete sich sogar für ermächtigt, über seinen Minister eine Beschwerde an des Königs Majestät zu richten. Das machte nun in der That ein sehr großes Aufsehen. Das Staatsministerium lehnte den Antrag des Herrn Direktors ab und faßte in sehr bestimmter und ernster Weise eine Entscheidung darüber, daß die Auffassung, von welcher der Herr Direktor bei seiner Vorstellung an Se. Majestät ausgegangen war, eine absolut irrige wäre. Der Minister Raumer gab in seinem Bericht, trotz seines Wohlwollens, selbst zu erkennen, daß die Abtheilung sich nach einer ganz andern Richtung entwickelte, als man sich bei der Gründung derselben gedacht hatte, was nothwendig zu Reibungen führen mußte. Diese Prophezeihung ist steigend immer mehr zur Wahrheit geworden. Die allerhöchste Entscheidung fiel gegen den Direktor aus. Nach dem Tode Auleckes wurde die Aufhebung der katholischen Abtheilung lebhaft diskutirt. Sie wurde als eine Art Dependenz der römischen Kurie bezeichnet, dazu berufen, die Interessen Roms im Ministerium zu vertreten. Das Ministerium entschloß sich mit einer ganz kleinen Majorität für die Aufrechterhaltung der Abtheilung. Herr Krätzig wurde aber berufen unter Vorbehalt „einstweilen" und „vorübergehend", woraus hervorgeht, daß die Sache im Staatsministerium in vollem Fluß war und allmälig zur Aufhebung führen mußte. 1871 hat dann der Kultusminister selbst die Aufhebung der Abtheilung beantragt. In seinem Immediatbericht wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Abtheilung sich mehr und mehr als Vertreter der katholischen Kirche gegenüber dem Staat betrachteten, so daß der Minister genöthigt gewesen, die Korrespondenz über Angelegenheiten der katholischen Kirche, namentlich über den diplomatischen Verkehr mit Rom der Kenntniß der katholischen Abtheilung zu entziehen und solche Sachen ausschließlich im Zentralbureau zu bearbeiten. Das war noch schärfer als ich es gesagt habe, und Sie werden es mir nachfühlen, wenn ich sage, daß dieser Bericht für mich ausschlaggebend ist. Ich stehe hier nicht als Kritiker, sondern als historischer Referent. Eine Bemerkung von mir ist etwas scharf gedeutet worden. Ich soll die Enthebung des Herrn Krätzig von seinem Amt als eine Disziplinarstrafe bezeichnet haben. Das ist unrichtig. Ich habe sie nur als eine Disziplinarmaßregel bezeichnet, und wenn Sie erwägen, daß das Staatsministerium in der Folgezeit es stets abgelehnt hat, den Wunsch des Herrn Krätzig, wieder in den Staatsdienst zu treten, zu erfüllen, so werden Sie wohl den Eindruck mit mir haben, daß es sich um eine sehr ernste Maßregel handelte. Was nun die Theilnahme des Herrn Krätzig an der Einsetzung des Dompropstes Jeschke betrifft, so liegt die Sache folgendermaßen: Nachdem der Bischof von Kulm Herrn Jeschke zum Dompropst vorgeschlagen hatte, erhob der Oberpräsident hiergegen Bedenken; Herr Jeschke habe zwar früher als ein Mann von deutscher Gesinnung gegolten, aber seit dem Tode des früheren Dompropstes sei bei ihm ein Gesinnungswechsel eingetreten, man dürfe einen Mann, der, wie er, eine Todtenfeier für den Polenkönig Kasimir in dem ihm unterstellten geistlichen Stift geduldet habe, diese einflußreiche Stelle nicht bekleiden lassen. Herr Krätzig hat die betreffenden Verhandlungen mit dem Bischof geführt; wir besitzen darüber ein von seiner eigenen Hand geschriebenes Protokoll. Der Bischof stellte jene Todtenfeier als ganz harmlos dar, Herr Jeschke habe sich bei der Theilnahme der Schwestern und Schülerinnen an der Messe nichts gedacht. Auf Grund dieses Berichts wurde Jeschke später bestätigt. Der Direktor Krätzig war also mit dieser polnischen Angelegenheit ganz besonders vermischt. (Lachen im Zentrum.) Es fällt mir ja gar nicht ein, zu behaupten, daß Herr Krätzig einen polnischen Priester wissentlich in die Dompropststelle hat einführen wollen. Ich führe hier noch ein anderes Beispiel an, welches zur Vorsicht mahnt. Der jetzige Generalvikar Klingenberg gilt bei den Behörden der Provinz als ein ganz entschlossener Polonisator, obwohl er deutscher Abkunft ist. Er war Mitglied der Liga Polska und an der Steuerverweigerung im Jahre 1848, wie auch der vielgenannte Schaffranek betheiligt. Er saß in der Nationalversammlung auf der äußersten Linken und betheiligte sich an den radikalsten Beschlüssen. So stimmte er für die Streichung des Titels von Gottes Gnaden, für die Volkssouveränetät, für die Abschaffung des Adels, der Orden rc. Trotz dieser Vergangenheit schlug der Bischof von Kulm dessen Ernennung zum Domherrn vor. Se. Majestät nahm aber Anstand, einen solchen Priester zum Domherrn ernennen. Später fand dann eine Besprechung zwischen dem Minister und dem Bischof über diese Angelegenheit statt. Der Herr Bischof gab zu, daß ihm das Auftreten Klingenbergs im Jahre 1848 vollkommen bekannt gewesen sei. Herr Klingenberg sei aber inzwischen ein anderer Mann geworden. Darauf hin wurde dieser von Sr. Majestät bestätigt. Dieses sind Thatsachen, die ich mich bemüht habe objektiv vorzutragen. Nun will ich sehen, was Sie noch auszusetzen haben. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Eynern** verzichtet nach den Erklärungen des Abg. Windthorst auf das Wort.

Abg. **Windthorst**: Ich habe niemals eine wunderlichere Vertheidigung gehört, als die des Ministers gegenüber den Angaben des Kollegen Porsch. Die auffallende Thatsache, daß der Minister auf einen freundlich gehaltenen Brief nicht geantwortet hat, soll durch die gleichzeitige Erwähnung der Sache in der Presse erklärt werden; wenn aber Herr Krätzig ein Recht auf Antwort nicht hatte, so giebt es doch gewisse gesellschaftliche Pflichten, die kein Minister außer Acht lassen darf, am wenigsten einem von ihm selbst angegriffenen Manne gegenüber. Der Minister hat eine Menge Material vorgetragen, das mit seinen Anschuldigungen gegen Geheimen Rath Krätzig gar nicht den mindesten Zusammenhang hat; jene Beschuldigungen aber sind durch die Darlegungen des Abgeordneten Porsch als völlig grundlos erwiesen. Herr v. Goßler hat sich über seine frühere Behauptung, die Zurdispositionsstellung des Herrn Krätzig sei eine scharfe Disziplinarmaßregel gewesen, heute völlig ausgeschwiegen. Alles, was gegen den Herrn vorlag, befand sich damals wie heute in den Akten; weshalb denn damals die Anerkennung des Herrn Krätzig, seine Belohnung mit Orden und Ehrenzeichen? Sind die darauf bezüglichen Immediatberichte an den König nicht wahrheitsgetreu gewesen? Ist einer auf der Anklagebank, so ist es der Minister Mühler, nicht aber sein nachgeordneter Rath Krätzig! (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Abtheilung arbeitete lediglich unter der Verantwortlichkeit des Ministers, alle Schuld fällt auf diesen. Sehr übel angebracht ist es, geheime Räthe zu Sündenböcken für die Fehler der Minister zu machen. Wir erleben doch alle Tage, daß Minister weggeschickt werden, weil sie — nun, ich will es nicht weiter erörtern, Sie wissen es ja Alle. (Große Heiterkeit.) Und daß die nöthigen Mißklänge nicht fehlen, dafür wird ja durch die offiziösen Organe reichlich gesorgt; ich will Herrn v. Goßler jetzt nicht vorführen, was Alles hinter ihm noch herklingen wird. Was die vom Minister verlesenen Akten der katholischen Abtheilung und die Geschichte dieser Einrichtung betrifft, so empfehle ich allen meinen Glaubensgenossen, groß und klein, den vertrauensseligen wie den kritisch angelegten, aufmerksam diese Ausführungen des Ministers zu lesen. Kann man bei solchen Anschauungen, wie sie in den Regierungskreisen vorherrschen, Vertrauen haben? (Sehr gut! und Zustimmung im Zentrum.) Stehen wir nicht da, wie Unterthanen zweiter Klasse? Mit solchen Anschauungen konnte man freilich eine katholische Abtheilung nicht brauchen. Das ganze Ministerium ist in seinen sämmtlichen wichtigen Branchen mit Protestanten besetzt; heute haben Sie uns den Beweis geliefert, daß Sie tief befangen sind, daß wir von Ihnen keine Gerechtigkeit zu erwarten haben! (Beifall im Zentrum.) Nach diesen Enthüllungen können wir uns gar nicht eher beruhigen, bis wir wieder eine kräftigere, ausreichende Vertretung im Ministerium haben (Unruhe rechts); jetzt endlich betonen wir unsere Ebenbürtigkeit, sie muß und wird anerkannt werden. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister **v. Goßler**: Auch bei der böswilligsten Auslegung meiner Worte kann die Beschuldigung, daß Herr Krätzig Aktenstücke unterschlagen habe, darin nicht gefunden werden (Widerspruch im Zentrum), — wenn ich Ihnen sage, es ist mir nicht eingefallen, das zu behaupten, so müssen Sie es mir glauben. Ich lasse mich nicht irre machen durch die Preßerzeugnisse, die das behauptet haben. Ich hatte nur objektiv ausgesprochen, es fehlen Aktenstücke. Was meine allgemeinen Ausführungen betrifft, so wiederhole ich, daß ich nicht deduzirt, sondern nur referirt habe.

Abg. **Dirichlet**: Ohne jedes Spezialinteresse für Herrn Krätzig muß ich doch sagen, daß, was heute diesem Herrn passirt ist, morgen irgend einem Andern, vielleicht uns näher Stehenden geschehen kann. Dieses Prozedere überhaupt, aus den Akten der Regierung nachträglich Schuldbeweise zu führen, ist in Preußen erst unter der gegenwärtigen Regierung aufgekommen. Es ist dieser Fall der zweite derart; der erste war die seitens des Herrn Finanzministers v. Scholz gegen seinen Vorgänger Herrn Hobrecht aus den Akten zitirte Abstimmungsmotivirung zum Tabaksmonopol. Der ganze Fall giebt mir Veranlassung, eine Prophezeihung auszusprechen, obwohl sonst das Prophezeihen mein Metier nicht ist: Wenn zu Preußens und Deutschlands Glück der Herr Reichskanzler noch recht lange an der Spitze der Geschäfte bleibt, so wird nach sechs oder acht Jahren, wenn der nunmehr als organisirte Polenhetze lokalisirte Kulturkampf gleichfalls Fiasko gemacht haben wird, der Herr Reichskanzler wiederum an demselben völlig unschuldig sein, und man wird dann wiederum irgend einen vortragenden Rath — ich weiß natürlich jetzt noch nicht, welchen (Heiterkeit) — zum Sündenbock machen. (Beifall links.)

Abg. **Porsch** wendet sich nochmals gegen den ihm nicht genügend widerlegt erscheinenden dem Geh. Rath Krätzig dadurch gemachten Vorwurf, daß Herr v. Eynern nach der Aeußerung des Kultusministers am 28. Januar d. J. gesagt habe: „Die Römlinge verstünden es, Papiere verschwinden zu lassen." Er habe indessen die Aeußerungen des Herrn Ministers dankbar dahin aufgefaßt, daß der Vorwurf unrechtmäßig gemacht worden sei; indessen bedaure er doch sehr, daß der Minister kein Wort der Genugthuung für den vielgeschmähten Geh. Rath Krätzig gehabt habe, um somehr, da die „Nordd. Allg." mit allerhand Perfidien noch weiter gegangen sei. Eines bleibe jedenfalls bestehen, dem Geheimen Rath Krätzig sei nicht eine Spur unehrenhafter Handlung nachgewiesen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **v. Zedlitz**: Ich muß mich aufs Entschiedenste dagegen verwahren, daß der Abg. Windthorst die katholischen Staatsbürger als Unterthanen zweiter Klasse bezeichnet. Wenn er dem Minister Mangel an Urbanität vorwirft Herrn Krätzig gegenüber, so hatte letzterer doch das Recht darauf verwirkt, als er seine Beschwerde gleichzeitig zum Gegenstand einer Preßdemonstration machte. (Sehr wahr! rechts.) Uebrigens sollte Herr Windthorst doch über den Mangel an Urbanität nicht so sehr klagen, wenn selbst von hochgestellten Staatsbeamten als Unterbediente bezeichnet. (Vizepräsident **v. Heereman** erklärt, gehört zu haben, daß der Abg. Windthorst von „Bediensteten". nicht von Bedienten sprach; andernfalls würde er den Ausdruck gerügt haben.) Wir haben das feste Bewußtsein und den festen Willen, die katholischen Mitbürger mit demselben Maße, wie uns selbst, zu messen, aber Sie müssen nicht verlangen, einen Staat im Staate zu bilden. (Lärm im Zentrum.) Wenn Herr Windthorst subjektiv das Gefühl hat, Preuße zweiter Klasse zu sein, so lerne er von uns. (Gelächter im Zentrum), sich auf den Boden des preußischen Staates zu stellen.

Abg. **Bachem**: Derselbe Herr v. Zedlitz, der jetzt die Friedensflöte geblasen hat, ist sammt seinen Freunden stets die Ursache dazu gewesen, Friedensströmungen zu verhindern. (Sehr gut! im Zentrum. Oho! rechts.) Warum haben die Freikonservativen denn stets die Vorlagen der Regierung, welche Konzessionen für die Kirche enthielten, zu verschlechtern gesucht? Warum werden solche Beschuldigungen, wie sie Herr v. Eynern ausgesprochen hat, nicht zurückgenommen, nachdem der Herr Minister selbst erklärt hat, daß der Verdacht grundlos ist? (Beifall im Zentrum.)

Abg. **v. Eynern**: Ich hatte die Aeußerungen des Herrn Kultusministers am 28. Januar allerdings dahin verstanden, daß dem Chef der katholischen Abtheilung damit der Vorwurf gemacht worden sei, Aktenstücke beseitigt zu haben. Nachdem aber der Herr Minister v. Goßler erklärt hat, nehme ich natürlichweise keinen Anstand, Herrn Krätzig öffentlich zu bitten, aus meiner Aeußerung Alles wegzunehmen, was er gegen sich daraus entnehmen könnte. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Windthorst**: Was ich in Bezug auf den Frieden sagte, hat seine Beziehung auf die ganze kirchenpolitische Lage, das, was nachher kam, ist nicht von mir provozirt, sondern durch die Aeußerungen des Herrn Ministers. Dann soll ich ungebührlich von irgend welchen Beamten gesprochen haben. Das ist nicht der Fall. Ich habe gesagt wörtlich: „Wir sind Preußen zweiter Klasse, über welche sich Unterbediente, Präsidenten und Minister in beliebiger Weise unterhalten." (Unterbrechung bei den Freikonservativen.) Nun? Haben wir nicht eine ganze Reihe Unterbedienten in der Verwaltung? (Unterbrechung bei den Freikonservativen.) Es ist doch sprachlich sehr wohl zulässig, von Unterbedienten zu reden. Bedienen ist eben ein Amt. (Zuruf rechts: „Mangel an Takt!") Nein, meine Herren. (Heiterkeit.) Wenn Herr v. Zedlitz gemeint hat, daß wir versichert sein könnten, er und alle seine Kollegen würden den Katholiken jeder Zeit Gerechtigkeit widerfahren lassen, so bitte ich ihn, den Worten Thaten folgen zu lassen; bisher war es nicht der Fall. Im Uebrigen empfinde ich gar nicht, daß ich irgendwo zweiter Klasse bin, ich stehe voll und ganz in der Reihe, wo ich bin (sehr gut! im Zentrum), und ich befinde mich sehr wohl, werde weiter für meine Sache kämpfen und verlange dafür von keinem Menschen etwas. (Lebhafter Beifall im Zentrum. Heiterkeit links.)

Das Gehalt des Ministers, sowie die übrigen Besoldungen des Ministeriums werden genehmigt.

Um 3¾ Uhr wird die weitere Berathung des Kultusetats auf **Dienstag** 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Thierschutz. Wir erhalten folgende Zuschrift: Ein dunkles Kapitel in dem Leben der Menschen ist ihr Verhalten gegen die Thiere. Der Mensch wurde durch seine Ueberlegenheit der Herr der Thierwelt, aber er hat kein Recht, deren Tyrann zu sein. Wie die verkünstelten Stuben-, Stadt- und Salonmenschen fast alle Beziehungen zu der Thierwelt abgebrochen haben und sich höchstens noch durch einen im Kerker sitzenden, schmachtenden Vogel an die Lebewesen da draußen erinnern lassen, so haben sie auch gar keine Fähigkeit mehr, mit der Thierwelt recht zu verkehren. Hochmüthig sieht man auf die Thiere herunter (außer auf die Schooßhündchen. D. Red.), hält sie ferne von sich, geht ihnen, wie Unholden, aus dem Wege, und der bloße Name „Thier" ist diesen Menschen schon eine verächtliche Bezeichnung. Giebt es aber Jemanden, der da sagen kann, warum er selbst nicht ein Thier wurde, anstatt ein Mensch? Es ist wahr, es liegt ein unermeßlicher Vorzug darin, Mensch zu sein: soll indeß derjenige, dem eine solche Bevorzugung unverdient zu Theil geworden, sich deshalb davon entbunden betrachten, Barmherzigkeit gegen die zu üben, denen solches Glück nicht beschieden wurde? Darwin hat ein Buch über den Ausdruck der Gemüthsbewegungen bei den Thieren geschrieben und darin gezeigt, daß die Aeußerungen des Schmerzes, der Freude, des Widerwillens 2c. sich bei den höchst entwickelten Thieren und den Naturvölkern ähnlich und gleich sind. Im schönen Werk von Scheitlin: „Thierseelenkunde", wird auf vielerlei Züge von Dankbarkeit und Treue bei den Thieren aufmerksam gemacht, sowie auf deren Mäßigkeit im Genuß von Speise und Trank, ihre Geduld im Ertragen von Schmerzen und Krankheit, ihren Fleiß und ihre Ausdauer bei der Arbeit, ihre Ueberlegung und Klugheit, ihre Liebe und Aufopferungsfähigkeit für ihre Jungen 2c. — und beide Gelehrte beweisen hierdurch, daß keine so große Kluft den Menschen vom Thiere trennt, als es der dünkelhafte „Herr der Schöpfung" bisher ahnte oder zugestand.

Solche Beobachtungen haben vielleicht Friedrich den Großen veranlaßt, von seinen Lieblingsthieren zu sagen: „Sie besaßen alle Tugenden der Menschen ohne deren Laster."

Lamartine schreibt in dem humanitären Gedicht „Der Fall des Engels":

„Ihr sollt selbst mit den Thieren Freundschaft schließen;
Sie haben einen nur dem Grade nach verschiedenen Geist;
Ihr sollt ihn anerkennen.
In ihren Augen schlummert wie ein Traum
Das Morgenroth der werdenden Vernunft;
Ihr sollt nicht dieses matte Licht ersticken,
Die Strahlen einer höheren Bestimmung.
Versüßt ihr Loos und lernt ihr Wesen kennen!"

Strebst du, lieber Leser, wahrhaft nach edler Menschlichkeit, so kannst Du es bekunden, indem du folgende Grundsätze zur Richtschnur deines Handelns nimmst:

1. Verursache einem Thiere nicht Schmerzen, die irgendwie zu vermeiden sind. Soll das Thier geschlachtet werden, so geschehe es mit möglichster Schonung und mit möglichster Raschheit bei der Ausführung. Bei überflüssigen oder schädlichen Thieren giebt die Nothwendigkeit, sie zu vernichten, dir noch kein Recht, sie zu quälen. Darum tödte schnell und möglichst leicht.

2. Halte die Kinder vom Schlachten der Thiere fern. Wenn dem kindlichen Herzen durch häufigen Anblick des ungelinderten Schmerzes das Mitleid verloren geht, dann werden in demselben die besten Vorsätze so wenig Wurzel fassen und zur Reife gelangen, so wenig der beste Pflanzensame auf dürrem Fels gedeiht.

3. Pflege deine Hausthiere und halte sie rein. Niemand schaffe sich Thiere an, falls er sie nicht zur Genüge füttern kann. Lasse ein krankes Thier nicht arbeiten, sondern sorge dafür, daß ihm die nothwendige Behandlung widerfährt.

4. Ermüde deine Zugthiere nicht übermäßig, lasse sie weder bei starker Hitze, noch bei strenger Kälte lange im Freien stehen. Schlage kein Thier im zornigen Gemüthszustande, mißhandele es nicht mit unmenschlichen Hieben, vielleicht in der irrigen Meinung, daß das Thier aus bewußter Bosheit nicht folgen wolle.

5. Schone die Wald- und Singvögel; sie befreien die Gärten, Aecker und Wiesen von schädlichen Insekten. Wer die jungen Vögel aus den Nestern holt, handelt nicht nur roh, sondern auch höchst unklug.

6. Wenn du siehst, wie Andere den Thieren Böses thun, so widerrathe ihnen und belehre sie in den Pflichten des Thierschutzes.

Vor dem Ehrenrath der Anwaltskammer wurde am Sonnabend unter dem Vorsitz des Justizrath Wilmowski in einem Saale des Kammergerichtsgebäudes gegen den hiesigen Rechtsanwalt und Notar Quenstädt in 13stündiger Sitzung verhandelt. Unter den Belastungszeugen figurirte namentlich auch der Kellner oder Geschäftsführer einer hiesigen Weinhandlung, welcher eine von dem betreffenden Rechtsanwalt in Gegenwart seiner (des Rechtsanwalts) Gattin und anderer Personen gemachte Aeußerung in weitere Kreise gebracht hatte. Der Angeschuldigte, welcher bekanntlich schon vor dem Audienztermin seine Stellung als Rechtsanwalt freiwillig aufgegeben und dies auch dem Vorstand und dem Ehrenrath der Anwaltskammer angezeigt hatte, was indeß letzteren doch nicht hinderte, das eingeleitete Verfahren zum Abschluß zu bringen, war zum Termin erschienen und vertheidigte sich selbst, ohne jedoch einen Erfolg zu erringen, denn es wurde gegen ihn auf Entziehung der Befähigung zur Ausübung der Anwaltspraxis erkannt. — Es ist dies seit Bestehen der neuen Justizorganisation der fünfte Fall innerhalb des Kammergerichtsbezirks, daß Rechtsanwälte in dieser Art ihres Amts verlustig gingen. Vier dieser Fälle kommen auf Berlin, einer auf Brandenburg.

Das 25jährige Geschäfts-Jubiläum des Hoflieferanten Wein-Großhändlers Friedrich Schulze, Königgrätzerstraße 15, wird in geschäftlichen Kreisen mit Interesse erwartet. Der Chef der Firma, welcher jetzt im 50. Lebensjahre steht, etablirte am 1. April 1861 im Seegert'schen Hause sein erstes Geschäft. Ein Jahr später eröffnete er den weit über den Bereich der Residenz bekannten „Leipziger Garten", der noch jetzt, ebenso wie die Restaurationen der drei Parlamente, deren Lieferung Herr Fr. Schulze hat, von ihm kaufmännisch betrieben wird. Anfangs der 70er Jahre erweiterte sich das Geschäft, nachdem der Inhaber korporirtes Mitglied der Kaufmannschaft geworden, und entstand dasjenige in der Königgrätzerstraße 15, das in schönster Blüthe steht.

Tausende und Abertausende von Schlittschuhläufern hatten am Sonntag wieder die Eisbahnen in und um Berlin aufgesucht. Es zeigte sich allerdings bei den meisten künstlichen, d. h. durch Leitungs- oder Brunnenwasser hergestellten Eisbahnen, daß die Tagessonne doch schon zu große Gewalt gewonnen und die Bahnen undrauchbar gemacht hatte. Das Eis auf der Rousseau-Insel und auf dem Karpfenteich bei Treptow, sowie auf den Seen der Umgegend bot aber noch eine vorzügliche Bahn und es waren deshalb alle diese Orte auch außerordentlich belebt.

Ein unsicheres Haus. Das Haus Landsbergerstraße 32, welches dem Landrath und Kataster-Kontroleur H., beide außerhalb wohnhaft, gehört, und von dem Stadtverordneten und Rechtsanwalt H. verwaltet wird, hat zwei Straßenfronten, eine nach der Landsberger- und eine nach der Landwehrstraße, und wird täglich von Tausenden von Menschen als Durchgang benutzt. Die Miether sind nicht im Stande, diese Benutzung zu hindern und die Anlegung eines verschlossenen Gitters quer über den Hof ist nicht zu erlangen. Dem Einschleichen von Gesindel ist hierdurch Thür und Thor geöffnet, zumal die vielen Treppenaufgänge zu den Werkstatt- und Lagerräumen, welche nach Schluß der Werkstätten nicht benutzt werden, ohne Thüren sind. Vor ungefäh: drei Wochen ist schon auf dem Grundstück ein Boden erbrochen und Wäsche gestohlen, dann einige Tage später dem Tischlermeister G. Bretter, und in jüngster Zeit wiederum eine Kiste, und von dem sich auf dem Hofe befindenden Wagen Verpackungsmaterial zum Möbeltransport fortgenommen worden. Vorgestern Abend kam nun das Fuhrwerk des Tischlermeisters G. sehr spät nach Hause, und da dasselbe beladen auf dem Hofe stehen blieb, war er besonders wachsam und gab Obacht, wer sich auf dem Hofe herumtrieb. Seine Aufmerksamkeit wurde bald durch ein paar Leute erregt, welche sich in auffälliger Weise auf dem Hofe zu schaffen machten. Herr G. forderte die Leute auf, den Hof zu verlassen. Anscheinend kamen diese auch der Aufforderung nach, allein plötzlich drehte sich einer der Strolche um und stürzte sich mit drohenden Worten und erhobener Faust auf G. Es gelang Herrn G., den Angreifer festzuhalten; als dies jedoch die Komplizen sahen, fiel einer derselben Herrn G. von hinten an und zwang ihn, den Erstgepackten loszulassen, welchen Augenblick dieser benutzte, einen Spaten zu ergreifen, einen Schlag auf den Kopf des G. zu führen und diesen besinnungslos zu Boden zu schlagen. Durch den entstandenen Lärm waren mehrere Hausbewohner aufmerksam geworden, welche nun dem G. zu Hilfe kamen und wenigstens einen der Strolche, welche zu entrinnen versuchten, festnahmen. Nur dieser unerwartet kommenden Hilfe hat anscheinend Herr G. es zu verdanken, daß er nicht schwerer mißhandelt oder gar getödtet worden ist.

Um dem Hungertode zu entgehen, stürzte sich am Montag, den 8. d. M., Nachmittags 4½ Uhr, ein anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann in den dreißiger Jahren an der Halleschen Thorbrücke am Omnibus-Halteplatz von einem dortstehenden Kahn aus ins Wasser, nachdem er noch vorher zu einem Gasanzünder geäußert: „Jetzt habe ich bereits 13 Wochen keine Arbeit, ehe ich verhungere, lieber gehe ich ins Wasser." Den Worten folgte auch alsbald die That, indem er dieselbe in obiger Weise ausführte. Der Gasanzünder, welcher ihn beobachtete, ließ durch die betreffenden Schiffer sofort Rettungsversuche anstellen und gelang es, den Unglücklichen noch lebend dem nassen Grabe zu entreißen. Er wurde nach der Wache des Polizei-Reviers am Belleallience-Platz gebracht.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Abends stürzte sich ein Mann in selbstmörderischer Absicht aus einem Fenster der im ersten Stock des Hauses Bernauerstraße 18 belegenen Wohnung auf den Bürgersteig hinab und erlitt dadurch schwere Verletzungen, so daß er mittelst Tragkorbes nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden mußte. — Am 6. d. M. Morgens versuchte ein junger Mann sich in seiner Wohnung in der Ackerstraße das Leben zu nehmen, indem er sich mittelst eines Revolvers einen Schuß in die Schläfe und einen Schuß in den Mund beibrachte. Er wurde, tödtlich verletzt, jedoch noch lebend, nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht. — An demselben Tage Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Großen Hamburgerstraße erhängt vorgefunden. — An demselben Tage Abends wurde auf dem Flur des Hauses Papenstraße 20/21 eine etwa 25 Jahre alte unbekannte Frauensperson krank und bewußtlos aufgefunden und demnächst nach der Charitee gebracht. — In der Nacht am 7. d. M. wurde ein unter sittenpolizeilicher Kontrole stehendes Mädchen auf dem Flur des Hauses Amalienstraße 21 von einem Manne durch Messerstiche in die Brust und in's Gesicht anscheinend schwer verletzt. Dasselbe wurde mittelst Krankenwagens nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Der Mann wurde verhaftet. — Am 7. d. M. Morgens sprang ein Mann in selbstmörderischer Absicht von der Michaelsbrücke aus in die Spree, wurde jedoch von vorübergehenden Personen hinter dem Grundstück Holzmarktstraße 17/18 noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach seiner Wohnung gebracht. — Zu derselben Zeit erschoß sich ein Mann, vermuthlich aus Schwermuth, in seiner Wohnung in der Schmidstraße. — An demselben Tage Nachmittags wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Linienstraße erhängt vorgefunden. Beide Leichen wurden nach dem Leichenschauhause gebracht. — Am 7. d. M. Vormittags hatte ein Mann in der Greifswalderstraße den Versuch gemacht sich zu erhängen, wurde jedoch noch rechtzeitig abgeschnitten, mußte aber wegen andauernder Bewußtlosigkeit nach dem städtischen Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Geschäftsthätigkeit der sogenannten naturärztlichen Heilinstitute wurde in einer gestern vor der 87. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts stattgehabten Verhandlung gegen den Naturarzt Dr. philad. William Becker, Pritzwalkerstraße, wegen 7 vollendeter und 20 versuchter Betrugsfälle einer einschneidenden Erörterung unterzogen. Der Angeklagte giebt an, im Januar 1845 in Sudenburg geboren zu sein und bis zu seinem 14. Lebensjahre die dortige Schule besucht zu haben. Nach seiner Konfirmation will er nach Amerika ausgewendert, bei seiner Ankunft erkrankt sein und in dem Hospital, in welchem er behufs seiner Heilung Aufnahme gefunden, sich als Apotheker ausgebildet haben. Später habe er in Amerika Medizin studirt und sei 1867 nach Deutschland zurückgekehrt. Anfangs habe er sich mit Unterrichtertheilung in der englischen Sprache befaßt und, nachdem er hierzubleiben beschlossen hatte, seine ärztliche Kunst ausgeübt; aus den Personalien des Angeklagten wird eine fünfmalige Bestrafung wegen Anmaßung eines ärztähnlichen Titels und wegen Ueberlassung von Medikamenten an Andere konstatirt. Vor Kurzem wurde wegen der letzten Uebertretung eine mehrtägige Haftstrafe gegen ihn verhängt, doch ist gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt. Der Angeklagte bezeichnet die Art seiner Heilkuren entweder als „Naturheilmethode" oder als „Tropische Kräuter-Heilmethode". In zahlreichen Inseraten der Tagesblätter und in einer eigens zu diesem Zweck herausgegebenen Druckschrift „Der fliegende Rathgeber für Haus und Familie" empfiehlt sich der Angeklagte zur Heilung sämmtlicher Krankheiten, auch solcher, die von anderen Aerzten als unheilbar bezeichnet sind. Seine Kur zerfällt in drei Abschnitte: in die Vorkur, in die Regenerationskur und in die Nachkur, für welche je ein Honorar von 5 Mark gefordert wird, und zwar muß dasselbe vor Beginn jeder Theilkur franko eingesendet werden. Für jede Anfrage muß extra 1 M. und die Medikamente, welche in der Flora-Apotheke des Herrn Reichnow angefertigt sind, außerdem an den Versender, Spediteur Friedrich, bezahlt werden. Nach einer Schätzung beliefen sich die Einnahmen für 6 Monate des Jahres 1884 auf einige sechszigtausend Mark. Die Druckschrift „Der fliegende Rathgeber" ist zeitweis in 400 000 Exemplaren verbreitet worden. Der Patient, welcher sich an den Angeklagten wendet, erhält ein Zirkular, in welchem 14 verschiene Fragen gestellt sind, welche der Heilsuchende beantworten muß. Der Angeklagte beschäftigt in seinem Institut 3 approbirte Aerzte. Nach Angabe des Angeklagten werden die eingehenden Krankenberichte von ihm und den drei Aerzten zu gleichen Theilen bearbeitet, die Diagnose gestellt, und die Verhaltungsregeln gegeben. Nach der Anklage bestehen die Medikamente großentheils aus Thee's und Pillen, die ganz indifferent sind. Dem Lehrer Schreb in Regenthin sandte der Angeklagte Pillen gegen ein nervöses Kopfleiden, während derselbe an einem Rachen- und Ohrenkatarrh litt; dem Büchsenmacher Bamberg in Minden hat der Angeklagte gegen ein Blasenleiden ein Medikament gesandt, welches, wenn er es eingenommen hätte, dessen Tod zur Folge haben konnte; die Doris Ulub wollte der Angeklagte durch Pillen von einem Magenkrebs heilen; dem Häfner Johann Hardt in Koßhagen sandte der Angeklagte Thee gegen ein schweres Augenleiden; der Müller Mekne erhielt Pillen gegen das Ausfallen der Haare, welche Diarrhoe zur Folge hatte; der Herbergswirth Seventisch in Magdeburg erhielt Thee zur Beseitigung einer Harnröhren-Verengung, die nur durch eine Operation beseitigt werden konnte; und der Arbeiter Reinicke in Volpke erhielt Pillen und Thee gegen einen unheilbaren grauen Staar. — Geheimer Medizinalrath Dr. Wolff erachtete die gelieferten Medikamente zum Theil für indifferent, zum Theil sogar für schädlich. Seiner Ansicht nach mußte der Angeklagte von der Wirkungslosigkeit der verabfolgten Heilmittel vollkommen überzeugt sein. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Holz beantragte, die Aerzte Drr. Hertwig, Hagen und Hahn als Zeugen über den guten Glauben des Angeklagten von der Wirkung seiner Kur zu vernehmen, der Gerichtshof lehnte diesen Antrag aber als unerheblich ab. Staatsanwalt Wagner plaidirte auf Schuldig und beantragte, den Angeklagten zu einem Jahr Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust zu verurtheilen. Rechtsanwalt Holz verweist auf die hunderte von Attesten von Hoch und Niedrig, die der Angeklagte geheilt habe, für dessen guten Glauben an seine Heilmethode. Damit aber sei der Anklage der Boden entzogen. Eventuell würde sich eine ganz geringe Strafe rechtfertigen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Jahr Gefängniß und zweijährigem Ehrverlust. Der Gerichtshof beschloß die sofortige Verhaftung des Angeklagten und lehnte die Entlassung auch gegen eine Kaution von 10 000 M. ab.

Die Falzer und Packer in Buchdruckereien, welche die gedruckten Schriften zur Versendung fertigstellen, sind nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenats, vom 5. Januar 1886 gewerbliche Arbeiter im Sinne der Reichs-Gewerbeordnung, und die Beschäftigung jugendlicher Personen mit Falzen und Packen in einer großen, mit Maschinen und zahlreichen Arbeitern funktionirenden Buchdruckerei ist den Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung über die Beschäftigung jugendlicher Fabrikarbeiter (§§ 135 ff.) unterworfen. Der Vorsteher der Druckerei der Zeitung „Germania" hatte mehrere Knaben unter 14 Jahren in den Druckereiräumen mit Falzen, Zettelaufkleben und Verpacken von Zeitungen bis 10, bezw. 11 Uhr Abends beschäftigt, und er wurde von der Strafkammer wegen Vergehens gegen die §§ 135, 136, 146 Z. 2 der Gewerbeordnung verurtheilt, da nach § 136 die Arbeitsstunden der jugendlichen Fabrikarbeiter nicht über 8½ Uhr Abends dauern dürfen. Die von dem Verurtheilten eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Ein krasser Fall von Kurpfuscherei lag einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung mit Uebertretung der Berufspflicht zu Grunde, welche heute gegen den 70 Jahr alten Heilkünstler Johann Carl Rudolph Anton vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I verhandelt wurde. Der 30 Jahr alte Kaufmann Brandstetter leidet seit ca. 4 Jahren an einer chronischen Entzündung des rechten Kniegelenks. Nach dem Gutachten des Oberstabsarztes Doktor Hahn kann sich die Heilung einer derartigen Krankheit viele Jahre lang hinziehen, welcher Umstand den Patienten in die Hände von Kurpfuschern treibt. Deren Köder ist das Versprechen, die Heilung in möglichst schneller Zeit zu bewirken, welches ein Arzt niemals abgeben darf. Dem in der Behandlung des Dr. Coblenz befindlichen Brandstetter, der noch im Juli v. J. fähig war, sich ohne Krücken fortzubewegen, deren er jetzt bedarf, erschien die mit ihm vorgenommene Kur nicht schnell genug Erfolg zu versprechen; er wandte sich deshalb an den Angeklagten, der als Masseur einen weit verbreiteten Ruf genießt. Derselbe unterwarf ihn der schmerzhaftesten Operationen, welche nach dem Gutachten des später wieder zugezogenen Dr. Coblenz nicht nur eine bedeutende Entzündung der Gelenke, sondern auch eine Zerreißung des inneren Gelenkbandes hervorgerufen, also die Verschlimmerung des Leidens veranlaßt haben. Der letzteren Ansicht tritt Oberstabsarzt Dr. Hahn nicht bei, er hält vielmehr die Zerreißung des Gelenkbandes für ausgeschlossen und meint, daß der verschlimmerte Zustand sehr wohl eine Folge der Krankheit sein könne. Dagegen stimmt er mit dem Dr. Coblenz darin überein, daß die Entzündung und der Schmerz ohne Grund vermehrt worden sind. Staatsanwalt Weichert beantragt bei dieser Sachlage 150 M. ev. 15 Tage Gefängniß, der Gerichtshof erachtete aber bei der Gemeingefährlichkeit derartiger Kurpfuscherei eine Gefängnißstrafe für geboten und bemaß dieselbe auf vierzehn Tage.

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Arbeiter Berlins. Kollegen! schon sind zirka 14 Tage verflossen und noch ist der Streik in der Metallschrauben- und Facondreherei von Voß, Schaal u. Komp., Stallschreiberstraße 59, nicht beendet, da die Herren begünstigt sind durch die schlechte Geschäftskonjunktur und weil durch eine Anonze einige Schlosser sich veranlaßt gesehen, in der Werkstatt in Arbeit zu treten. Die Folge hiervon ist, daß die Prinzipale Voß, Schaal u. Komp. nicht geneigt sind, mit der Kommission zu verhandeln. Arbeiter Berlins! Der Fachverein der Metallschrauben-, Facondreher und Berufsgenossen hat bei jeder Arbeitseinstellung jeder Branche, ob Maurer, Zimmerer, Tischler, Kordmacher u. s. w., sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und dieses durch pekuniäre sowohl wie durch moralische Unterstützung bewiesen. Augenblicklich sind wir genöthigt, an Euch heranzutreten mit der Bitte, uns zu unterstützen. Zeigt, daß die Arbeiter Berlins solidarisch sind und unsere Hoffnungen nicht unbegründet waren. Mit Eurer Hilfe, gestützt auf die Gerechtigkeit unserer Sache, werden wir kämpfen, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der Sieg auf unserer Seite sein. Seid versichert, daß nach beendetem Kampfe wir ebenfalls mit der größten Opferwilligkeit, wie bisher, hinter Euch stehen werden, falls Ihr in eine ähnliche Lage kommen solltet. Darum haltet den Zuzug insbesondere von Schlossern und Drehern fern, und bedenkt, daß in unserer Einigkeit unsere Stärke liegt, leiht uns Eure Unterstützung, so wird und muß der Sieg der unsere sein. Arbeiter Berlins, bedenkt, daß dieser Kampf geführt wird wegen Einführung eines Minimal-Lohnsatzes. Alle Geldsendungen wolle man an unsern Kassirer Albert Zimmermann, Zeughofstraße 10 IV, oder an Otto Ringer, Eisenbahnstraße 19, Hof 2. Eing. I, einschicken. Alle Briefe sind an Albert Mühlenfels, Waldemarstraße 67 IV, zu senden. Im Auftrage: Otto Ringer, Eisenbahnstraße 19.

Aufruf! Am 8. März legten die Arbeiter der Steinnußknopffabrik von E. M. Siegel u. Co., Haidestr. 48, in Berlin, wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder. Da die von den Arbeitern gewählte Kommission, trotz mehrmaliger Unterhandlung, eine Einigung mit den Fabrikanten nicht erzielen konnte, so sieht sich dieselbe veranlaßt, an das Kollegialitätsgefühl der Arbeiter Berlins zu appelliren mit der Bitte, die Streikenden in ihren gerechten Forderungen zu unterstützen. Es streiken 20 Mann, sämmtliche Plattenschneider, Fraiser, Ausdreher und Hobler. Dieselben gehören sämmtlich dem Fachverein an. Es ist Pflicht aller Kollegen, den Zuzug von genannter Fabrik fern zu halten und für die pekuniäre Unterstützung der Streikenden Sorge zu tragen. Etwaige Gelder sind an den Kassirer des Fachvereins der Drechsler, Knopfarbeiter und verwandten Berufsgenossen Berlins, A. Mönch, Adalbertstr. 26 IV, oder an den Kassirer der Kommission, P. Luttig, Demminerstr. 6 III abzuliefern. Die Kommission.

An die Töpfer Deutschlands! Die Scheibenarbeiter Berlins und Umgegend befinden sich seit dem 1. März d. J. im Streik, um einen einheitlichen Lohntarif zu erzielen. Wir ersuchen unsere Kollegen, uns in unserer gerechten Sache nach Kräften zu unterstützen und den Zuzug nach hier streng fern zu halten. Sendungen sind an den Kollegen Hermann Borrmann, Berlin, Britzerstraße 10, zu richten. Die Lohnkommission.

Vereine und Versammlungen.

Die Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Berlins hielt am Freitag, den 5. d. M., Abends 7 Uhr, im Bürgersaale des Rathhauses ihre zweite Generalversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl der drei Kassirer. 2. Beschlußfassung wegen Anstellung eines vierten Kassirers eventuell Wahl desselben. § 50 Absatz 9. 3. Antrag Furchtbar und Gen., betr. Abänderung der §§ 32 und 46 des Statuts. Nachdem Herr Witte, der bisherige Rendant, die Versammlung eröffnet und je einen Delegirten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Beisitzern ernannt hatte, stellte Herr Tutzauer die Anfrage, weshalb nicht der in der ersten Generalversammlung zum Rendanten gewählte Herr Hubert den Vorsitz in der Versammlung führe. Herr Witte erwiderte, daß die Wahl des Herrn Hubert durch die Behörde noch nicht bestätigt worden sei und er (Witte) provisorisch mit der Leitung der Kassengeschäfte betraut worden sei. Herr Schmitz frug an, weshalb dem Delegirten Herrn Müller seine Delegirtenkarte, die dieser im Kassenlokal gefordert habe, nicht ausgehändigt worden sei. Herr Witte erklärte, daß dies deshalb nicht geschehen sei, weil Herr Müller sein Mitgliedsbuch nicht bei sich hatte, sich mithin nicht legitimiren konnte. Hierauf wurde zur Wahl der drei Kassirer geschritten. Abgegeben wurden 159 Stimmzettel, davon waren zwei ungiltig. Es erhielten die Herren: Stäps 109, König 102, Greiner 90, Schröpffer 166, Ludwig Schmidt 61. Paul 29, Richter 5 und Hähnel 1 Stimme. Gewählt sind demnach die Herren Stäps, König und Greiner. Alsdann wurde die Wahl eines vierten Kassirers ohne Diskussion beschlossen. Herr Schmitz bedauerte, daß bei der ersten Wahl die Stimmen sich allzusehr zersplittert hätten und ersuchte bei der Wahl des vierten Kassirers alle Stimmen für Herrn Schröpffer abzugeben, der bei der ersten Wahl von allen nichtgewählten Kandidaten die meisten Stimmen erhalten hatte. Von anderer Seite wurden noch die Herren Schulz (bei Pietschmann) und Hähnel in Vorschlag gebracht. Das Resultat der Wahl war folgendes: Abgegeben wurden 145 Stimmzettel, von denen einer ungiltig war. Es fielen auf die Herren Schulz 62, Schröpffer 60, Schmidt 11 und Hähnel 11 Stimmen. Da also der Rath des Herrn Schmitz nicht befolgt worden war, und nach den Bestimmungen des Statuts die absolute Majorität nicht erforderlich ist, vielmehr die relative Majorität genügt, hatte Herr Schulz mit zwei Stimmen Mehrheit über Herrn Schröpffer gesiegt. Nach beendigter Wahl gelangten die von Herrn Furchtbar und Genossen gestellten Anträge zur Verhandlung. Der Antrag: „Die in den Quittungsbüchern befindliche Rubrik, in welche von den Arbeitgebern der Tag, an welchem der Inhaber des Buches bei dem betreffenden Arbeitgeber in Arbeit getreten und ebenso der Tag, in welchem er aus der Arbeit entlassen wurde — künftig in Wegfall zu bringen", wurde angenommen. Ein zweiter Antrag, welcher dahin ging, die Statuten in Zukunft in die Quittungsbücher einheften zu lassen, wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt. Ein weiterer Antrag, betreffend die Abänderung des § 46 des Statuts, wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Nachdem noch eine Anfrage des Herrn Schäfer, ob die neugewählten Vorstandsmitglieder schon von Herrn Witte zu einer Sitzung einberufen worden sind, von letzterem dahin beantwortet worden war, daß der neue Vorstand — von welchem mehrere Mitglieder durch die Behörde nicht bestätigt worden seien — erst dann seine erste Sitzung abhalten könne, wenn die Ersatzwahlen vollzogen sind, wurde die Versammlung geschlossen.

th. **Der Streik bei der Firma Schaal, Voß u. Ko.**, Stallschreiberstr. 59, beschäftigte am 7. d. Mts. in Wohlhaupt's Salon, Manteuffelstr. 9, unter Vorsitz des Herrn Reuter eine öffentliche Versammlung der Metallschrauber-, Facondreher und Berufsgenossen Berlins. Die Arbeiter dieser Firma verdienten, wie mitgetheilt wurde, im Akkord durchschnittlich 12—15 M. die Woche und sollten sich bei diesem Verdienst noch einen Abzug an den Akkordsätzen gefallen lassen. In Folge dessen wurde die Arbeit eingestellt, um so mehr, als ein Minimaltarif, welcher einen Minimalverdienst von 21 M. pr. Woche festsetzt, zur Einführung gelangen soll. Es streiken gegenwärtig 29 Arbeiter und dauert der Streik hauptsächlich deshalb bereits 14 Tage, weil 8 Schlossergesellen dort in Arbeit getreten sind. Wenn es gelänge, diese Schlossergesellen zu entfernen und die alten Arbeiter wieder einzustellen, dann, meinte Herr Reuter, würde der Streik zu Gunsten der Arbeiter entschieden werden. Er appellirte an alle Schrauben- und Facondreher, die Werkstatt zu meiden, und an die Schlosser Berlins, dieselben dadurch zu unterstützen, daß sie die gegenwärtig in jener Fabrik arbeitenden Schlosser wieder herauszuziehen. In anderen Fabriken wird, wie Herr Reuter konstatirte, für die Firma Schaal, Voß u. Ko. nicht gearbeitet. Es schloß sich hieran die Berichterstattung über die Konferenz mit den Herren Arbeitgebern, betr. Einführung des Minimal-Lohntarifs. Die hierzu gewählte Fachkommission hat einen Minimal-Lohntarif aufgestellt, welcher bestimmt: 1. Junge Leute im Alter von 16 bis 18 Jahren erhalten, wenn dieselben dauernd an einer Schrauben- resp. Facondbank beschäftigt werden, im ersten Jahre 12—15 M. festen Lohn; stellt sich der Verdienst der betreffenden Arbeiter (die Arbeit zu Akkordpreisen berechnet) höher, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Akkordpreis auszuzahlen. Leute von 18 Jahren und darüber erhalten im ersten Jahre 14—17 M. festen Lohn. 2. Schrauben- und Façondreher, sowie Berufsgenossen, welche im zweiten Jahre an einer Bank beschäftigt werden, erhalten 17—19.50 M. festen Lohn; im Uebrigen wie ad 1. 3. Schrauben-, Façondreher und Berufsgenossen, welche im dritten Jahre ununterbrochen an einer Bank beschäftigt werden, erhalten 18—21 M. festen Lohn. 4. Schrauben-, Façondreher und Berufsgenossen, welche länger als 3 Jahre im Fach thätig sind, erhalten, wenn sie im Lohn beschäftigt werden, 21—24 M. festen Lohn. 5. Die Preisbestimmung bei Akkordarbeiten bleibt Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen, doch darf der Verdienst sich nicht unter dem Minimal-Lohntarif stellen. 6. Sonntagsarbeit ist nicht gestattet, mit Ausnahme derjenigen Arbeiten, welche zur Instandhaltung des Betriebes erforderlich sind. Dieser Lohntarif ist nur an die Inhaber von Spezialwerkstätten zur Versendung gelangt und waren die Herren Prinzipale gleichzeitig zu einer gemeinsamen Besprechung dieses Tarifs eingeladen worden. Bei dieser stattgehabten Konferenz waren die Arbeitnehmer aus allen Werkstätten vertreten, während nur 9 Arbeitgeber erschienen waren. Zu einem definitiven Resultate kam es indessen in dieser Konferenz noch nicht, da die Prinzipale sich vorbehielten, erst noch eine Besprechung dieses Tarifes unter sich zu veranstalten und wird auch die Fachkommission noch eine Berathung haben. Bedauert wurde lebhaft, daß die Kollegen von Frister u. Roßmann, sowie von Siemens u. Halske sich von dem Fachverein gänzlich fern halten und daß der Werkführer von Siemens u. Halske nicht auch zu der stattgehabten Tarif Konferenz eingeladen worden sei. Es wurde auch der Antrag gestellt, denselben zu der nächsten Konferenz einzuladen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, weil die Fabrik von Siemens und Halske nicht zu den Spezialwerkstätten zu rechnen sei. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß durch die vielen Adressen, die bei Siemens u. Halske abgegeben würden, die dort arbeitenden Kollegen arg geschädigt werden, da durch das starke Arbeitsangebot die Löhne sich nicht auf ihrer jetzigen Höhe zu halten vermöchten. Herr Reuter wies noch darauf hin, daß der Lohntarif vielfach falsch verstanden werde. Die Akkordsätze sollten nur so bemessen werden, daß ein tüchtiger Arbeiter bei normaler Arbeitszeit im Stande sei, einen Mindestverdienst von 21 M. zu erzielen. Sei dieser Verdienst bei den vereinbarten Akkordsätzen zu erreichen und ein Arbeiter erreiche diesen Lohnsatz nicht, so sei der Prinzipal keineswegs verpflichtet, dem betr. Arbeiter den Fehlbetrag zu ergänzen.

* **Werkstatt-Delegirten-Versammlung der Drechsler** und verwandten Berufsgenossen, heute, Dienstag, Abends 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. Tagesordnung: 1. Das Programm unserer diesjährigen Lohnbewegung und die Nothwendigkeit der Ausarbeitung von Lohntarifen für sämmliche Branchen. 2. Verschiedenes. Alle Werkstätten müssen vertreten sein. — Als Gäste haben nur Gewerksgenossen Zutritt. (S. Inserat.)

* **Oeffentliche Versammlung der Schneider.** Mittwoch, den 10. März, Abends 8½ Uhr, in Bräuers Salon, Große Frankfurterstraße 74—75. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die Aufgaben der neugewählten Lohnkommission. Referent Herr Pfeiffer. 3. Diskussion.

* **Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins** und Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die am Dienstag, den 9. März, beschlossene Mitgliederversammlung für den Norden im Wedding-Park Fastnacht's halber ausfällt, dagegen die nächste Versammlung für den Norden am Dienstag, den 16. März, die für den Süden am Dienstag, den 23. März, stattfinden wird. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Zadek. Näheres durch die Annonzen.

Letzte Nachrichten.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, fällt die Reichstagssitzung für morgen deshalb aus, weil eine ganze Anzahl von rheinischen und bayerischen Mitgliedern des Zentrums in der Heimath den Karneval feiern wollen. Diese Reise halten wir für unnütz, da die Herren die karnevalistische Komödie, welche gegenwärtig bei Berathung des Sozialistengesetzes gespielt wird, viel näher haben.

Das auf Grund des Sozialistengesetzes von der preußischen Regierung zu Düsseldorf erlassene Verbot des ferneren Erscheinens der „Freien Presse für Berg und Mark" ist von der Reichskommission aufgehoben worden. Dahingegen bleibt das Verbot der Nummer 1 des Blattes aufrecht erhalten. Die „Freie Presse für Berg und Mark" erschien in Elberfeld und war ein „Organ des werkthätigen Volks".

Der französische Kriegsminister wird ein im Staatsrathe ausgearbeitetes Gesetz über die Spionage im Frieden den Kammern vorlegen. Ein Theil der Pariser Presse hat dieses Gesetz schon lange mit dem Hinweise gefordert, daß Frankreich das einzige Land wäre, welches ein solches Gesetz, durch welches es sich gegen die Spionage schützte, nicht besäße.

Durch ein in den sächsischen Kammern verlesenes königliches Dekret wird der Schluß des Landtages auf den 25. März festgesetzt.

Nach Meldungen von London war die von den sozialdemokratischen Vereinen in Manchester und Salford auf den 6. März einberufene Versammlung von etwa 5000 Personen besucht. Die dabei gehaltenen Reden waren gemäßigt und ruhig, es wurden mehrere Resolutionen auf Beschaffung von Arbeit für diejenigen, welche wegen Mangels an Arbeit Hunger leiden, sowie auf Ausführung von öffentlichen Arbeiten, welche den dabei Beschäftigten einen für ihren Lebensunterhalt ausreichenden Lohn gewähren, angenommen. Nach Annahme dieser Resolution ging die Versammlung ohne jede Störung der öffentlichen Ordnung ruhig auseinander.

Wie dem „Daily News" aus Kairo telegraphirt wird, geben England und Egypten den Sudan auf. Sir Drummond Wolff hat Instruktionen erhalten, Wady Halfa als Grenze Egyptens und die Ersetzung der dort stehenden englischen Truppen durch egyptische vorzuschlagen. Erstere sollen sobald als thunlich nach Unterägypten zurückkehren. Der Vorschlag, Dongola wieder zu besetzen, solle nicht erörtert werden. — Wenn England schon vor vier Jahren zu diesem Entschlusse gelangt wäre, es hätte sich ungezählte Millionen, das Leben von tausenden wackerer Soldaten, vor Allem General Gordons, und eine Reihe schmachvoller Niederlagen erspart. Ein wahrhaft kläglicher Ausgang einer mit soviel Zuversicht begonnenen Unternehmung!

Briefkasten der Redaktion.

Drüben. Wann das Schiff angekommen ist, erfahren Sie am besten durch den Besitzer desselben. Eine Seereise ist in den Sommermonaten immer am ungefährlichsten. Die anderen Fragen können wir Ihnen nicht beantworten.

O. K. Reinickendorf. Die fehlende Nummer der Sonntagsbeilage können Sie durch unsere Expedition, Zimmerstraße 44, beziehen.

Maler Retzerau. Senden Sie uns Ihre Adresse ein. Es ist danach bei uns angefragt worden.

E. H. Ein solcher Verein ist uns nicht bekannt.

F. N. 59. Für Ihre Auswanderung nach Amerika bedürfen Sie eines Passes nicht unbedingt. Wir rathen Ihnen jedoch dringend, sich einen solchen beim Polizei-Präsidium, Abtheilung für Paßwesen, Poststraße 16, zu beschaffen, um gegen etwaige Scherereien der amerikanischen Behörden gesichert zu sein.

E. A., Dresden. Den gewünschten Artikel können Sie durch folgende Firmen beziehen: 1. Max Karl in Neustadt i. d. Haide, Thüringen. 2. Karl Kanzler in Lobenstein, Reuß. 3. C. Blank in Wurzbach, Reuß.

Abonnent seit April 1884. Die Frage können wir im Briefkasten nicht beantworten. Kommen Sie zu uns oder senden Sie uns ihre Adresse.

Theater.

Dienstag, den 9. März.

Opernhaus. Der Trompeter von Säkkingen.
Schauspielhaus. Johannistrieb, Schauspiel in 4 Akten von P. Lindau.
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.
Wallner-Theater. Leichte Streiche. Vorher: Groß Reinemachen.
Residenz-Theater. Denise.
Belle-Alliance-Theater. Pariser Leben. Komische Operette in 4 Akten von Meilhac und Halevy.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Zigeunerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Heiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Wilken.
Louisenstädtisches Theater. Abracadabra.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Viktoria-Theater. Messalina.
Ostend-Theater. Faust.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.
Wallnertheaterstraße 15. [851
Heute und folgende Tage:
Moderne Vagabonden,
Posse mit Gesang in 8 Bildern von Dr. Ed. Jacobson. Musik von Michaelis.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.
Uns haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852
Kaiser-Panorama.
Nur diese Woche:
Eine interess. Wanderung d. Wien. 1. Abth.: Die malerische Schweiz, St. Gotthardbahn. Hertha-Reise. a Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Danksagung. [926
Meinen herzlichsten Dank dem Herrn Prediger Grauenhorst für die trostreiche Rede am Sarge meines dahingeschiedenen Mannes, des Möbelpolirers Heinrich Döring, ebenso den Herren Sängern (Gesangverein „Mandoline"), welche durch ihren Gesang die Leiche meines theuren Mannes feierlich empfingen, sowie auch dem Möbelfabrikanten Herrn A. Treue mit allen bei ihm beschäftigten Personen, und Allen, welche an der Feierlichkeit theilnahmen.
Die tiefbetrübte Wittwe **Emilie Döring**, geb. Klein.

Ortskrankenkasse d. Zigarrenmacher, Tabakspinner und Zigarrensortirer.
General-Versammlung
am Dienstag, den 16. März, Abds. 8½ Uhr, Gypsstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Jahres- resp. Kassenbericht des Rendanten. 2. Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung. 3. Vorlage von Abänderungsanträgen des Statuts zu den §§ 10, 13, 18, 32, 33, 35, 45, 47, 51, 60. 4. Bericht und Rechnungslegung der Vergnügungs-Kommission.
908 Der Vorstand.

Große
Schneider-Versammlung
am Mittwoch, den 10. d. M., Abds. 8½ Uhr, in **Breuer's Salon**, Gr. Frankfurterstr. 74/75.
Tagesordnung:
1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht) 2. Die Aufgaben der neugewählten Lohnkommission. Referent: Kollege L. Pfeiffer. Um zahlreichen Besuch bittet
909] Die Lohnkommission der Berliner Schneider.

Bezirksver. d. werkth. Volkes der Schönhauser Vorstadt.
Am Mittwoch, den 10. d. M., Abends 8½ Uhr,
Versammlung
in **Herfeld's Salon**, Grenadierstraße Nr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Christensen. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. [905

Sauberer Damen-Maskenanzug bill. zu verl. Frau Strauch, Mariannenpl. 11, p. [917

Neu! Rüdersdorferstraße Nr. 8. Neu!
Restaurant zum Feuerhaken
von **Emil Böhl.**
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein vorzügliches **Weißbier. Pfefferberger Bier-Ausschank. Vorzügliche Küche. Großer Frühstückstisch.** Um recht zahlreichen Besuch bittet [890] J. A.: **W. Haugk.**

Täglich: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf.
im Restaurant Skalitzerstraße 18 bei Stramm. 356

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik [987]
A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Reelle Waare garantirt.

Delegirten-Versammlung der Drechsler und verw. Berufsgenossen
Heute, Dienstag, Abends 8 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstraße 77—79.
Tagesordnung siehe redaktionellen Theil dieser Zeitung. Als Gäste haben nur Gewerksgenossen Zutritt.
922 Die Lohn-Kommission.

Den Knopfarbeitern
zur Nachricht, daß in der Fabrik von E. M. Siegel u. Ko., Haidestr. 48, der Streik ausgebrochen ist. Zuzug ist fern zu halten. Siehe redaktionellen Theil.
925 Die Kommission.

Heute gr. Wurstessen,
wozu ergebenst einladet
941 **Max Kreuz**, Kottbuser Platz.

Ein schönes Bett, neu, sof. f. 22 M. zu verk. Reichenbergerstr. 183 im Kistengeschäft. [874

Masken-Garderobe
F. Stenzel,
Nr. 21, Dresdener-Straße Nr. 21.
Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen.
745] Vereine Ermäßigung.

1 Piano, s. g., 20 Thlr., Oranienstr. 4, II. l. [923

Die Buchdruckerei
von
MAX BADING
BERLIN SW., Beuth-Str. 2
empfiehlt sich zur
Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art
bei prompter und billiger Bedienung.
Kosten-Anschläge und Papierproben gratis und franco.

Ein **Zinkgießer** nach Bromberg, unverh. kann sich melden Abends 7—9. [924
Woinar, Waldemarstr. 38, III links.

Stepper, Knopfloch- und Handarbeiterinnen auf Trikottaillen verlangt **Moshary**, Landwehrstr. 9, Hof III. [907

Tüchtige Arbeiterinnen auf Trikottaillen w. verl. Koppenstr. 66, Hof part. [940

Der unentgeltliche Arbeits-Nachweis der
Klavierarbeiter
befindet sich Skalitzerstr. 18 bei Stramm. [357

Verantwortlicher Redakteur R. Grunheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.